

Der Transfer von sozialwissenschaftlichem Wissen als Forschungsgegenstand

Günter Warsewa, Peter Bleses, Matthias Güldner

1. Zur Aktualität von Transfer und öffentlicher Wissenschaft

In diesem Sommer startet, angestoßen und finanziert vom Bundesforschungsministerium, ein neues Großunternehmen der sozialwissenschaftlichen Forschung, das bundesweit auf elf Standorte¹ verteilte *Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt* (FGZ). Bemerkenswert daran ist – unter anderem – die besondere Betonung des Transfers von wissenschaftlicher Expertise in gesellschaftliche Praxis als notwendige Ergänzung der

»umfassende[n] wissenschaftliche[n] Auseinandersetzung mit Strukturen und Wahrnehmungen gesellschaftlicher Zugehörigkeit. [...] Wissenstransfer ist [...] Ausdruck der gemeinsamen Produktion und Zirkulation von Wissen. Um das zu gewährleisten, bedarf es der ständigen Weiterentwicklung von Transferkonzepten durch eine reflexive und regelmäßige Evaluation von Transferaktivitäten, der Erprobung partizipativer Formen von Wissensproduktion und konkreter Weiterbildungsangebote im Bereich des Transfers.« (BMBF 2017)

Zusätzlich zu den »klassischen« Maßnahmen der Politik- und Gesellschaftsberatung soll

»eine Verzahnung mit Akteuren der Zivilgesellschaft und der politischen Bildung [...] angelegt werden. Der Austausch sollte in beide Richtungen ausgestaltet werden, indem Erfahrungen aus der Praxis in die Forschungskonzepte einfließen und so früh

¹ Technische Universität Berlin, Universität Bielefeld, Universität Bremen, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Hans-Bredow-Institut für Medienforschung Hamburg, Leibniz Universität Hannover, Amadeu Antonio Stiftung – Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena, Universität Konstanz, Universität Leipzig.

wie möglich ein gemeinsamer Transfer wissenschaftlicher Ergebnisse in die Praxis erfolgt.« (Ebd.)

Mit der »Verzahnung mit Akteuren der Zivilgesellschaft« und dem »Austausch in beide Richtungen« verbindet sich die Erwartung an die Sozialwissenschaften, selbst explizite Beiträge zur Lösung von Problemen des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu liefern. Gefordert sind die Soziologie bzw. im weiteren Sinne die Sozialwissenschaften in ihrer traditionellen Funktion als Krisenwissenschaft der modernen Gesellschaft. Und ihre Forschungen selbst sollen nicht nur als Prozesse der Wissensgenerierung, sondern auch als Medium der gesellschaftlichen (Norm)Bildung und praktischen Selbstaufklärung dienen.

Damit verweist die Aufgabenbeschreibung des *Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt* auf ein grundlegendes Spannungsfeld, in dem sich die sozialwissenschaftlichen Disziplinen immer bewegen: Anhand konkreter Beiträge zur Bewältigung von gesellschaftlichen Herausforderungen soll einerseits sozialwissenschaftliche Forschung ihre Nützlichkeit und Praxisrelevanz unter Beweis stellen. Die besondere Betonung dieser Aufgabe unterstellt, dass hier bislang nicht genug geleistet wurde und dass bei Transfer, Wissenschaftskommunikation und öffentlicher Wissenschaft größere Anstrengungen erforderlich sind.² Andererseits ist Wissenschaft selbst Teil der Gesellschaft und ohnehin in vielfacher Hinsicht in die gesellschaftliche Praxis eingebunden, die sie beobachtet und erklärt. Dazu gehört auch, dass Wissenschaft und Forschung einer eigenen Logik folgen, die sich vom sonstigen sozialen Alltag unterscheidet (vgl. Deutsche Gesellschaft für Philosophie et al. 2019) und die nicht beliebig veränderbar ist.

Während man sich also auf die »Suche nach einer öffentlichen Soziologie« (Bude 2005) begibt, unterscheidet sich die Praxis der Sozialwissenschaften bislang nur wenig von einem herkömmlichen Transferverständnis. In der Regel werden zwei Voraussetzungen unterstellt: Zum einen zahlt sich die kostspielige Herstellung, Weitergabe und Verbreitung wissenschaftlichen Wissens für die Gesellschaft überhaupt nur aus, wenn dieses Wissen eine besondere Qualität besitzt und sich von anderen Formen des Wissens (und Glaubens) unterscheidet. Diese Qualität sollte darin bestehen, dass die Konstruktion und Funktionsweise des Wissenschaftssystems ein Höchstmaß an Realitätserkenntnis verbürgt. Zum anderen wird mehr oder weniger unhinterfragt angenommen, dass wissenschaftliches Wissen als größtmögliche Annäherung an die Wirklichkeit tatsächlich zur Optimierung von Handeln

2 Vgl. dazu auch BMBF (2019) und Deutsche Gesellschaft für Philosophie et al. (2019).

und Entscheiden beiträgt. Unterstellt wird, dass solches Wissen in zahlreichen Verwendungszusammenhängen hilfreich und nützlich ist.

Der Transfer von wissenschaftlichem Expertenwissen in die Gesellschaft wird dann als Vermittlung von Erkenntnissen begriffen, die aufgrund von spezialisierter, professioneller Forschung und vertiefter Reflexion Vorgänge und Zusammenhänge in der Welt präziser beschreiben und erklären können als die Alltagserfahrung. Aufklärung und nützliche Beiträge zu Fortschritt und Rationalität sind die Erwartungen, die sich an *die* Wissenschaft richten und dem soll sie möglichst umstandslos nachkommen. *Öffentliche Wissenschaft* bedeutet also, die wissenschaftliche Wissensproduktion verstärkt an die Erwartungen bzw. die Nachfrage der Gesellschaft zu koppeln, und verlangt daher von der Wissenschaft genau diesen Nachweis der Nützlichkeit, der deswegen in immer stärkerem Maße zur zentralen Legitimation für aufwändige Forschung wird. Da die Besonderheit des wissenschaftlichen Wissens aber eben auch darin besteht, nicht für jedermann unmittelbar nachvollziehbar zu sein, werden von *der* Wissenschaft besondere Anstrengungen gefordert, ihre Nützlichkeit möglichst anschaulich und allgemeinverständlich zu kommunizieren. Zunehmend wird daher die Bedeutung von *public science, citizen science, outreach, public understanding of science, sharing science*, Wissenschaftskommunikation etc. hervorgehoben (vgl. Grundsatzpapier zur Wissenschaftskommunikation; BMBF 2019) – zumeist nicht ohne darauf hinzuweisen, dass Ergebnisse aus der Wissenschaft adressatengerecht und möglichst leicht verdaulich, das heißt nicht zu lang und ohne den üblichen unverständlichen Fachjargon verbreitet werden müssten.

Damit ist ein weites Spektrum von realer sozialwissenschaftlicher Praxis und ebenso von gesellschaftlicher Deutung dieser Praxis aufgespannt. Das Verhältnis von Nähe und Distanz, von engagierter Einmischung und unbeeiliger Beobachtung ist jedoch erstens historisch variabel und zweitens abhängig von der Perspektive, aus der es betrachtet wird. Vor diesem Hintergrund erscheinen der Transfer von sozialwissenschaftlichem Wissen und seine jeweiligen Funktionsbedingungen selbst als Forschungsgegenstand. Im Folgenden werden daher Überlegungen zu einer Transferforschung skizziert, die zum Verständnis von Transfer und Wissenschaftskommunikation – nicht nur im FGZ – beitragen könnte. Dazu wird zunächst ein vorläufiger konzeptioneller Rahmen für die Analyse von Wissenschaftstransfer (Kapitel 2, 3 und 4) skizziert und anschließend versucht, diesen Rahmen auf die konkreten Beziehungen zwischen Sozialwissenschaften und Politik anzuwenden (Kapitel 5). Ein kurzes Fazit bildet den Abschluss.

2. Forschung und Transfer lassen sich nicht trennen

Die gängige Unterscheidung – hier die komplizierte und aufwändige Forschung und dort die möglichst direkte und eingängige Vermittlung ihrer Ergebnisse in verschiedene Verwendungen – wird weder den Bedingungen der wissenschaftlichen Wissensproduktion noch den komplexen, wechselnden Vermittlungs- und Verwendungszusammenhängen gerecht. Die Wissenschaft der Gesellschaft, das heißt die Organisationsformen der wissenschaftlichen Wissensproduktion ebenso wie ihre Verbreitungs- und Verwendungszusammenhänge verändern sich im sozialen Wandel und mit der Wahrnehmung von und den gesellschaftlichen Erwartungen an Wissenschaft.

Für die Episode nach dem 2. Weltkrieg konnte wahrscheinlich zu Recht von einer Verwissenschaftlichung von Politik und Öffentlichkeit gesprochen werden (Schelsky 1961; Dahrendorf 1988), und insofern mag es in dieser Phase tatsächlich eine weitgehende Identität von *öffentlicher Wissenschaft* und einer *Wissenschaft der Gesellschaft* gegeben haben. Heute deutet sich jedoch eher eine Polarisierung zweier gegensätzlicher Trends an, die grundsätzlich verschiedene Umgangsweisen mit wissenschaftlichem Wissen signalisieren: Auf der einen Seite stützen sich gesellschaftliche Bewegungen und Aktivitäten, beispielsweise rund um Klimawandel, Nachhaltigkeit, Ökologie in besonders starkem Maße auf wissenschaftliche Evidenzen und gewinnen daraus einen Teil ihrer Glaubwürdigkeit und gesellschaftlichen Wirkungskraft (»Hört auf die Wissenschaftler«, G. Thunberg). Allerdings sind hier meist naturwissenschaftliche Erkenntnisse angesprochen, denen mehr Faktencharakter zugesprochen wird, obwohl schon die aktuelle Debatte zwischen Virolog*innen in der Coronakrise, die sich zum Teil um »Kleinigkeiten« wie etwa das Pro und Kontra einer allgemeinen Maskenpflicht dreht, der Gesellschaft und der auf verlässlichen Rat hoffenden Politik zeigt, dass auch naturwissenschaftliches Wissen kein gesichertes Terrain sein muss. Auf der anderen Seite verbreiten und verstärken sich wissenschaftsferne, zum Teil wissenschaftsfeindliche, populistische Diskurse und Bewegungen. Hier wird *die* Wissenschaft jenen abgehobenen Eliten zugeordnet, die keineswegs an Erkenntnis, sondern vor allem an ihrem eigenen Wohlergehen interessiert seien. Nicht zuletzt tragen digitale Kommunikationsmedien als Echokammern zur zunehmenden Verbreitung von Fake News, Alternativfakten, Verschwörungstheorien bzw. meist eben nicht wissenschaftsbasierten Wirklichkeitsdeutungen bei.

Das stetige Auseinanderdriften dieser beiden Perspektiven auf Wissenschaft hat schließlich auch Folgen für die Wissenschaftskommunikation und den Transfer von wissenschaftlichem Wissen in die Gesellschaft: Die Grenzen zwischen Glauben und Wissen werden unscharf; Forschung und wissenschaftliche Erkenntnis verkommen zu einer beliebigen Wissensform unter vielen anderen und erleiden erhebliche Akzeptanzverluste.

Was für das Angebot der Sozialwissenschaften an die Gesellschaft gilt, gilt eben auch für die Nachfrage nach wissenschaftlicher Expertise: Tatsächlich lassen sich unterschiedlich geartete Nachfragen nach wissenschaftlichen Erkenntnissen und vielfältige Verwendungen von Wissen und Indienstnahmen des Wissenschaftssystems beobachten. Herstellung, Verbreitung, Rezeption und Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse tragen mithin durchaus in vielfältiger Weise zur Entwicklung und Veränderung von Gesellschaft bei; welche Wirkungen konkret damit verbunden sind, hängt aber mit der Funktion von Wissenschaft in der Gesellschaft und mit dem Ansehen und den Erwartungen zusammen, die der Wissenschaft insgesamt entgegengebracht werden.

3. Transfer – Was ist das?

Funktionalität

Wissenschaft ist unmittelbar eingebunden in vielfältige Wechselwirkungen sowohl mit Politik als auch mit Öffentlichkeit und erfüllt darüber hinaus mittelbar wichtige Funktionen für das Verhältnis zwischen Politik und (weiterer) Öffentlichkeit.³ Wissenschaft wird hier also als Bestandteil einer tripolaren Struktur verstanden (s. Abb. 1), bei der jedes der drei Funktionssysteme zwar von seiner eigenen spezifischen Systemlogik geprägt und intern in zahlreiche Einzelbereiche zergliedert ist, aber insgesamt von der Anerkennung seiner Spezifität durch die jeweils anderen existenziell abhängt.

³ Mit Öffentlichkeit sind hier zum einen die »Leute« (Vobruba 2019) in ihrer Rolle als Gegenstand und Adressat*innen wissenschaftlichen sowie politischen Transfers gemeint, sofern sie nicht die Rolle Wissenschaftler*in oder Politiker*in einnehmen. Zum anderen meint Öffentlichkeit hier aber auch die Sphäre der öffentlichen Diskurse, die durch alle Arten von Kommunikationsmedien hergestellt wird.

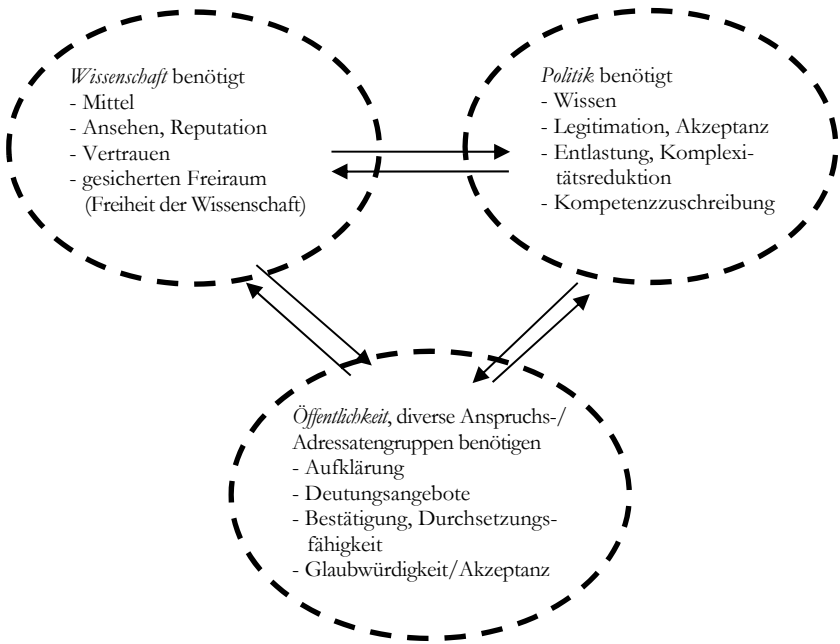


Abb. 1: Wechselbeziehungen zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit

Systemspezifische Filter und Verarbeitungsmechanismen sorgen dafür, dass jeweils nur bestimmte Anforderungen und Aufgaben innerhalb der Systemgrenzen wahrgenommen und verarbeitet werden. Gleiches gilt für den Output, an dem die Leistung des Systems für die Gesellschaft gemessen wird. Die Befriedigung von Ansprüchen und Erwartungen der jeweils anderen Funktionssysteme ist dabei Voraussetzung für die Versorgung mit den Ressourcen, von denen ihre Funktionsfähigkeit abhängt. Im Falle der Wissenschaft handelt es sich vor allem um finanzielle Mittel sowie einen rechtlichen Rahmen, der einen weiten Handlungsspielraum für alle Arten von explorativen wissenschaftlichen Aktivitäten (Freiheit von Forschung und Lehre) gewährleistet. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist das Vertrauen in sowohl die Verlässlichkeit als auch die Nützlichkeit von wissenschaftlicher Forschung. Nicht zuletzt wird die Funktionsfähigkeit des Wissenschaftssystems durch die Reputation der wissenschaftlichen Institutionen, das Ansehen und den sozialen Status ihrer Mitglieder bestimmt.

Neben der Versorgung mit den erforderlichen Ressourcen sollen spezifische Konstruktionsmerkmale des akademischen Wissenschaftssystems dessen spezifische Funktion für die Gesellschaft und eine entsprechende Leistungsfähigkeit in den dargestellten Transfermodi (siehe unten) gewährleisten:

Distanz: Beobachterperspektive, Neutralität, Unabhängigkeit von Forschung und Lehre;

Professionalität: spezifische Ausbildung, Steuerung durch Peermechanismen, Zugang zu allgemeinem Forschungsstand, wissenschaftliche Methodik, Übersicht über und Wettbewerb von unterschiedlichen Lehrmeinungen, Praktiken etc.;

Qualitätssicherung: Rankings, Key Performance Indicators, Review-Verfahren, Evaluationen, Metastudien etc.;

Spezialisierung: Ausdifferenzierung und (Bindestrich-)Disziplinarität, fachlicher Austausch in der *scientific community*, Expertentum;

Diagnosefähigkeit: Reflektierte Analyse und Interpretation, Seismographenfunktion, Zeitdiagnose;

(*Beschränkte*) *Prognosefähigkeit*: Analyse von Zusammenhängen, Entwicklung von Szenarien, Theorien.

Die Kombinationen dieser Merkmale sind innerhalb des Wissenschaftssystems unterschiedlich verteilt und ausgeprägt. Trotz der Einschränkungen, die sich aus der Ausdifferenzierung des Wissenschaftssystems für die Einhaltung seiner Qualitätskriterien ergeben, kann davon ausgegangen werden, dass die spezifische Art von Wissen, die hier produziert wird, in der Regel ihren Nachfrager*innen bzw. Anwender*innen Vorteile bietet, die durch diverse Formen von Transfer in vielfältiger Weise nutzbar werden:

Wissenschaftliche Expertise verspricht (1.) mehr *Tiefe* als anderes Wissen und Glauben, da deren Produktionsprozess als Kernfunktion des Wissenschaftssystems gründlicher, kontrollierter und professioneller stattfindet als in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Dies ist gerade die Daseinsberechtigung der Sozialwissenschaften und ihre Hauptaufgabe, Gesellschaft zu beobachten und der Gesellschaft die Ergebnisse ihrer Beobachtungen mitzuteilen. Zur besonderen, exklusiven Operationsweise des Wissenschaftssystems gehören nicht zuletzt auch die infrastrukturellen und methodischen Vorkehrungen, die hier einen ausführlichen Zugang zu den jeweiligen disziplinären Wissensquellen und Forschungsständen erlauben und damit (2.) mehr *Breite*, das heißt eine umfassendere Verarbeitung von bereits vorhan-

denem Wissen erlauben. Während die Punkte (1.) und (2.) sich auf die Herstellung von Wissen beziehen, betrifft eine spezifische Funktion von Transfer eher die gegenwarts- und zukunftsbezogene Verwendung wissenschaftlich informierter Reflektionen. Auf Grundlage wissenschaftlicher Diagnosen, wissenschaftlich erarbeiteter Szenarien und Prognosen etc. können (3.) Entscheidungen und Handlungsweisen zwar nicht unbedingt mit vollständiger Sicherheit, aber mit größerer Reflektiertheit beschlossen werden.

Operationsmodi

Je nach Art der beteiligten Akteure sowie deren Interessen und Zielen können sich die unmittelbaren Beziehungen zwischen den Funktionssystemen in unterschiedlichen Modi vollziehen.⁴ Die *lineare Vermittlung* von Wissen aus der Wissenschaft in andere gesellschaftliche Bereiche, zum Beispiel im Falle der Politikberatung oder der Produktion von Wissenschaftsvideos oder dergleichen, entspricht am ehesten den gängigen Vorstellungen von Wissenschaftskommunikation bzw. einer *öffentlichen Wissenschaft*. Dieser Modus des Transfers kann auf der Ebene einzelner Vermittlungsaktivitäten stattfinden, kann aber auch einen systemischen Charakter annehmen, indem beispielsweise regelmäßige Beobachtungsverfahren oder dauerhafte Beratungsstrukturen eingerichtet werden.

Im *Austauschmodus* findet dagegen wechselseitige Kommunikation statt, die sich entweder auf den unmittelbaren Forschungsprozess bezieht (etwa bei der gemeinsamen Formulierung von Fragestellungen zwischen Forscher*innen und anderen gesellschaftlichen Gruppen) oder einen systemischen Charakter annehmen kann (etwa bei der Beratung und Etablierung neuer Forschungsprogramme von Stiftungen oder Regierungen, die auf Basis von vorhandenen Erkenntnissen neues Wissen hervorbringen sollen).

Der *Modus der Ko-Produktion* erfordert andauernde Rückkoppelungen, in denen Fragestellungen, Forschungsprozess, Ergebnisinterpretation und -verwendung zwischen unterschiedlichen Kooperationspartnern abgestimmt werden und zudem zum Ausgangspunkt weiterer Kooperationen werden können. Auch dieser Modus kann sowohl auf der Ebene einzelner Forschungs- bzw. Ko-Produktionsprozesse (zum Beispiel *action research*) als auch

⁴ Die Ausführungen in diesem Abschnitt sind inspiriert durch Überlegungen, die von Jens Ibendorf, Universität Hannover, bei einer Transfertagung im November 2019 in Bremen vorgetragen wurden.

auf der Ebene der wechselseitigen Koppelung der Funktionssysteme (etwa bei Enquêtekommisionen und Gesetzgebungsverfahren unter Beteiligung von Wissenschaftler*innen oder im Falle von »transformativer« Wissenschaft) stattfinden. Die hierfür erforderliche gegenseitige Durchdringung von Systemlogiken und Überwindung von systemspezifischen Verarbeitungsmechanismen macht den Modus der Ko-Produktion zur anspruchsvollsten Form des Transfers, die politisch von der Wissenschaft eingefordert wird (vgl. Die Senatorin für Wissenschaft 2019).

Jenseits der unmittelbaren, wissensbezogenen Wechselprozesse zwischen Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Funktionsbereichen spielen auf beiden Seiten insbesondere bei der Interpretation, Verbreitung und Verwendung von Wissen und wissenschaftlicher Expertise zahlreiche andere Motive, Ziele, Interessen eine – manchmal wichtigere – Rolle. Die Frage, was Wissenschaftstransfer in der Gesellschaft bewirkt bzw. »anrichtet«, lässt sich daher nur in einer weiteren Perspektive beantworten.

4. Transferforschung

Die Art und Weise wie der skizzierte begriffliche Rahmen unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen praktisch ausgefüllt wird, ist Gegenstand von *Transferforschung*. Transferforschung analysiert die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft bzw. Teilen davon, und das bedeutet, den tatsächlichen Bedingungen, Funktionen und sozialen Wirkungen von Herstellung und Verwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse nachzugehen (vgl. Beck, Bonß 1989).

Allerdings wird kritisiert, dass es sich beim Wissenstransfer um eine *unclear technology* (Musselin 2007; BMBF 2019) handelt, die zumeist nicht systematischer Teil der akademischen Ausbildung und Sozialisation ist, kaum etablierten Routinen folgt und im Wesentlichen von informellen Aktivitäten geprägt ist (Olmos-Peñuela, Molas-Gallart, Castro-Martínez 2014). Jenseits der Selbstbeobachtung entziehen sich die Inhalte, Umfänge, Intentionen der Verwendung des wissenschaftlich erzeugten Wissens im weiteren Verwendungszusammenhang dem Zugriff der Sozialwissenschaften, bilden aber zugleich den *Deutungsboden*, auf den sozialwissenschaftliche Wissensangebote fallen und dort erneut weiterverwendet werden.

Im Unterschied zu einem einfachen Sender-Empfänger-Schema ist der Transfer sozialwissenschaftlichen Wissens mithin keine Einbahnstraße, die aus der *Wissenschaft* in Richtung *Politik* und/oder (weiterer) *Öffentlichkeit* verläuft. Vielmehr herrscht erstens reger Gegenverkehr. Zweitens findet der Wissenstransfer nicht allein zwischen der Wissenschaft und den beiden anderen Polen statt, sondern auch zwischen Politik und Öffentlichkeit(en). Die Straßenführung verläuft dabei immer in dem Dreieck zwischen den Polen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Zumindest folgende Strukturmerkmale der Interaktion zwischen sozialwissenschaftlicher Forschung und Gesellschaft lassen sich unterscheiden:

Verwissenschaftlichung

Die Sozialwissenschaften gewinnen ihr Wissen aus ihren gesellschaftlichen Forschungsgegenständen selbst. Wie sie dieses Wissen beziehen, welches Wissen sie wahrnehmen bzw. wahrnehmen sollen (und welches nicht), wie sie das Wissen verwerten und neues Wissen generieren (als Wissen »weiter Ordnung: Wissen über Wissen), ist Gegenstand wissenschaftsinterner Mechanismen (siehe oben) mit denen das Wissenschaftssystem – neben wissenschaftsinternen Machtkämpfen – die Qualität seiner Arbeit sichern will.

Mehr oder weniger unabhängig von den innerwissenschaftlichen Auseinandersetzungen richten sich Politik und Öffentlichkeit mit Erwartungen (oder expliziten Aufträgen) an die Sozialwissenschaften, beeinflussen in beträchtlichem Maße, zu welchen Themen (bzw. sozialen Fragen oder Problemen) Sozialwissenschaften forschen und für wen und in welcher Weise die produzierten Ergebnisse aufbereitet werden sollen. Damit gelangen sowohl Wissen als auch Bedingungen der Wissensaufbereitung schon vor der eigentlichen sozialwissenschaftlichen Wissenserzeugung in die Wissenschaften und beeinflussen den Forschungsprozess und die Forschungsergebnisse. Im besten Falle erhöhen sich dadurch Relevanz, Verwendbarkeit und Wirkmächtigkeit von wissenschaftlicher Erkenntnis; in jedem Falle aber werden durch die kommunikative Verbreitung sozialwissenschaftlichen Wissens (in welchen Bestandteilen und Ausdeutungen auch immer) von Politik in Richtung Öffentlichkeit und umgekehrt Deutungs- und Normbildungsprozesse in der Gesellschaft befördert und geprägt. Ehemals sozialwissenschaftliche

Begriffe, die zum festen Inventar politischer und öffentlicher Debatten geworden sind,⁵ zeugen davon.

Insofern prägen die Sozialwissenschaften ihre Forschungsgegenstände durch ihre Wissensangebote an die Gesellschaft selbst mit. Je mehr diese Angebote in Politik und Öffentlichkeit durch einen institutionalisierten und erfolgreichen Wissenstransfer wahrgenommen werden, desto größer dürfte dieser Effekt der Verwissenschaftlichung sein. In Gesellschaften mit ausgebautem Wissenschaftssystem kann es daher kaum ein wissenschaftlich unbeeinflusstes Wissen mehr geben. Das, was als Nachfrage nach wissenschaftlichem Wissen und Forschungsergebnissen Rationalität, Aufklärung und gesellschaftliche Selbstverständigung bestärken soll, bewirkt im Gegenzug eben auch eine Konstruktion von Gesellschaft, die zwar von den besonderen Bedingungen der wissenschaftlichen Wissensproduktion, in vielen Fällen aber noch stärker von den gesellschaftlichen Bedingungen der Verbreitung und Verwendung von Wissen geprägt ist.

Wissenschaft als Mittelschichts- bzw. Elitenprojekt

Obwohl in den Sozialwissenschaften ein methodischer Diskurs vorherrscht, der die Objektivität des durch die Forschung erlangten Wissens (also die möglichst geringe Beeinflussung des beobachteten Gegenstands durch die forschenden Subjekte) besonders hoch bewertet, kann nicht darüber hinweggesehen werden, dass jede/r Forschende immer auch ein spezifischer Teil jener Gesellschaft ist, die durch die Sozialwissenschaften analysiert wird. Aus der Zugehörigkeit zu Milieus, sozialen Gruppen, politischen Identifikationen usw. resultieren kaum hintergehbare *Seinsverbundenheiten* (Mannheim 1982) der Wahrnehmungen aller Forschenden. Diese konterkarieren die methodisch (meist) geforderte Distanz der Forschenden zu den Forschungsgegenständen. Das gilt auch für den Wissenschaftstransfer, in dem Forschende Kommunikator*innen und handelnde Bürger*innen zugleich sind. Und dieser Umstand beeinflusst zeitweilig sowohl Forschung als auch Transfer. Gentrifizierung, Segregation, soziale Benachteiligungen sind beispielsweise gängige Forschungsgegenstände einer kritischen Sozialwissenschaft, die mit wissenschaftlichen Methoden Gewinner*innen und Verlierer*innen solcher

⁵ zum Beispiel gesellschaftliche Spaltung, Zweidrittelgesellschaft, Postwachstumsgesellschaft, Arbeitsgesellschaft, Normalarbeitsverhältnis, prekäre Beschäftigung, sozialer Zusammenhalt.

Prozesse identifizieren und Beiträge zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, zur Verbesserung der sozialen Lage von Verlierern und deren Empowerment leisten will. In der »superdiversen« Gesellschaft sind die Sozialforscher*innen aber auch Teil derjenigen gehobenen Mittelschichten, die eine große kulturelle Distanz zu vielen ihrer Forschungsgegenstände aufweisen und die durch ihre Lebens- und Alltagspraxis sogar die Erosion von Zusammenhalt mit verursachen – und als solche werden sie auch in weiten Teilen der Gesellschaft wahrgenommen. Diese Differenz beeinträchtigt die Resonanzfähigkeit und die Glaubwürdigkeit von wissenschaftlichem Wissen und seiner Transferierbarkeit.

Instrumentalisierung

Sozialwissenschaften beobachten unter anderem alles, was *Öffentlichkeit* und *Politik* ausmacht; sie beobachten aber auch das Verhältnis *zwischen* Politik und Öffentlichkeit. Das ist zum einen klassischer Forschungsgegenstand, zum anderen bevorzugter Gegenstand von Transfer, das heißt Wissenschaft informiert Politik (und Öffentlichkeit) darüber, was die Politik mit der Öffentlichkeit macht (anrichtet) und informiert umgekehrt die Öffentlichkeit darüber, was sie mit der Politik macht.⁶ Insofern als dieses reflexive Wissen in den realen Beziehungen und sozialen Prozessen eine Rolle spielt, beeinflusst Wissenschaftstransfer also mittelbar auch das Verhältnis von Politik und Öffentlichkeit. Das Wissen um diesen Zusammenhang bewirkt, dass wissenschaftliche Befunde nicht nur unterschiedlich bewertet und interpretiert, sondern auch für unterschiedliche Zwecke nachgefragt und »bestellt« werden können.

Je nach Art der Nachfrage und der Nachfragebedingungen kann die Bereitstellung von Wissen durch die Forschung dabei als Herrschaftsinstrument oder in anderer Weise als zweckbestimmte Wissensproduktion beurteilt werden. Wie diese Urteile ausfallen, hängt im Einzelfall davon ab, wie sehr ein Thema oder ein Forschungsergebnis die Schnittmenge aus zwei nicht immer leicht zur Deckung zu bringenden Anforderungen trifft: Zum einen orientiert sich sozialwissenschaftliche Forschung im Interesse ihrer Qualität und ihres eigenen Wissensfortschritts an internen Relevanz- und Qualitätskriterien; zum anderen muss sozialwissenschaftliche Forschung im

⁶ zum Beispiel welchen Erwartungen die Politik nachkommt, welche Reaktionen auf Meinungsumfragen erfolgen; warum kommunikativ oder gesetzgeberisch reagiert wird etc.

Interesse ihrer Ressourcenversorgung und ihrer Verwendungsfähigkeit sich an den Qualitäts- und Relevanzkriterien der (potentiellen) Nachfrager*innen nach wissenschaftlichem Wissen orientieren. In einer weitgehend verwissenschaftlichten Umgebung sind diese Schnittmengen in der Regel groß genug, um die Nachfragen nach wissenschaftlicher Wissensproduktion zu bedienen. Zur Herstellung solcher Schnittmengen tragen viele Vorkehrungen bei, wie zum Beispiel die Steuerung von Wissensproduktion durch Recht und Normierung (Ethikkommissionen, Datenschutzregeln etc.), Ausschreibungen und Förderbedingungen für Forschungsprojekte und -programme, Stellenbesetzungen an Universitäten und Instituten. *Forschungsfragen* und *-themen* orientieren sich daher zu einem beträchtlichen Teil an Markt- und Wettbewerbsbedingungen oder an gesellschaftlichen bzw. politischen Themenkonjunkturen.

Eine weiter gehende Politisierung oder Vermarktlichung von Wissenschaft bzw. von *Forschungsergebnissen* ergibt sich aus den weniger kontrollierbaren Bedingungen von Wissenstransfer: Wissenschaftliche Befunde können im Zuge ihrer Verwendung und Verbreitung immer auch unabhängig von ihrer Erzeugung dadurch instrumentalisiert werden, dass Ergebnisse auf verschiedene Weisen genutzt werden⁷ oder indem wissenschaftsimmanente Qualitätskriterien zum Beispiel durch unzulässige Verallgemeinerungen ignoriert werden. Wissenschaftlich produziertes Wissen wird also nicht nur als solches weiterverwendet; es vermengt sich mit anderen Wissensangeboten und Motiven im gesellschaftlichen Kommunikationsprozess (etwa zwischen Politik und Öffentlichkeit). Dieser Prozess kann von den Sozialwissenschaften nur noch sehr bedingt oder gar nicht mehr beeinflusst werden, bestimmt aber zu einem großen Teil, wie Forschungsergebnisse wahrgenommen und bewertet werden.

Uncindeutigkeit

Ein wesentlicher Faktor, der die Verortung von Wissenschaft beeinflusst, ist die Vermischung von wissenschaftsinternen und -externen Qualitäts- und Relevanzkriterien im Prozess der Weiterverbreitung und Verwendung von Forschungsergebnissen. Die für die gesellschaftliche Relevanz von For-

⁷ zum Beispiel das typische *Rosinenpicken*; Beck, Bonß 1989.

schung notwendige Herstellung von Schnittmengen zwischen wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bedeutungsmaßstäben (siehe oben) trägt zur Uneindeutigkeit von sozialwissenschaftlichen Befunden bei.

Dafür ist auch die innere Differenzierung des Wissenschaftssystems in unterschiedliche Theorietraditionen, Forschungsparadigmen, normative Orientierungen verantwortlich, die es in den meisten Fällen erlaubt, Anforderungen an das Wissenschaftssystem unterschiedlich wahrzunehmen, zu interpretieren und zu verarbeiten. Auf diese Weise kann es zu divergierenden oder konkurrierenden wissenschaftlichen Aussagen kommen, etwa der bekannten Konstellation von Expert*in und Gegenexpert*in. Nicht zuletzt sind wissenschaftliche Befunde auch nicht immer so eindeutig, wie dies die Nachfrageseite wünscht. In dem Bemühen um die Befriedigung von Auftrag- und Geldgebern resultiert daraus eine große Versuchung, Forschungsergebnisse über die wissenschaftliche Aussagekraft hinaus zu interpretieren und eindeutiger darzustellen, als sie sind. Dies wird zudem dadurch erleichtert, dass *die* Wissenschaft sich eben nicht die Folgen von Entscheidungen zurechnen lassen muss, die – unter anderem – auf wissenschaftlichen Befunden basieren.

Medialisierung

Wegen seiner zumeist komplexen Inhalte und der überwiegenden Konventionalität der Vermittlung findet der Transfer von wissenschaftlichem Wissen nicht in allen sozialen Schichten, Altersgruppen und Milieus gleichermaßen Aufmerksamkeit. Um Legitimation und Ansehen von sowie das Verständnis für Wissenschaft zu erhöhen, wird sowohl von der Politik als auch von der Seite der Wissenschaftsorganisationen darauf gedrängt, die Vermittlung und Verbreitung von Forschungsergebnissen zu professionalisieren und ausdrücklich zu fördern (vgl. BMBF 2019). Nicht zuletzt deshalb schreitet gegenüber der Öffentlichkeit die Medialisierung von Wissenschaft voran. Im Zuge dieses Prozesses bedeutet Wissenstransfer zunehmend auch das kritische Übersetzen wissenschaftlicher Arbeit und Ergebnisse im Hinblick auf die Ansprüche und Aufmerksamkeitskriterien einer medialisierten Öffentlichkeit.

Dabei spielen neue digitale Verbreitungskanäle und soziale Medien, die neben die »konventionellen« Medien treten, eine wachsende Rolle, erfordern aber auch eine Anpassung an ihre eigenen Funktionsbedingungen. Damit

steht das traditionelle Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaft und (Massen-)Medien im Fokus: Im Interesse der Verständlichkeit für breite Bevölkerungsschichten unterliegen wissenschaftliche Befunde ohnehin dem Zwang zur Komplexitätsreduktion. Die für den Journalismus alltägliche, aber den Wissenschaftler*innen nicht immer geläufige Herausforderung besteht darin, größere Reichweite durch Transfer zu erzielen, aber dabei den Gehalt der ursprünglichen Forschung nicht durch Vereinfachungen und Verzerrungen inhaltlich stark zu verfremden. Diese Herausforderung wird durch die Verbreitung in sozialen Medien noch verstärkt.

5. Sozialwissenschaften und Politik – eine schwierige Beziehung

Kooperation trotz Differenz?

Der Zusammenhang von Wissen(sproduktion) und Prozessen der politischen Willensbildung lässt sich vielfach ausbuchstabieren und ist von komplexen wechselseitigen Ansprüchen und Erwartungen geprägt: Wissenschaft und wissenschaftliche Einrichtungen sollen Expertise und Entscheidungsgrundlagen für diejenigen bereitstellen, die in anderen gesellschaftlichen Bereichen, in Politik und Wirtschaft für Entscheiden und Handeln zuständig sind; sie sollen als Innovationsmotor und Kompetenzreservoir politische Bemühungen um Wirtschaftswachstum und Lebensqualität unterstützen und eine Rolle bei der Herstellung und Vermarktung von Profil, Image und Identität von Nationen oder Regionen übernehmen. Zeitweilig wird von *der* Wissenschaft auch erwartet, dass sie gesellschaftliche Verantwortung übernimmt, indem sie sich in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auf die Seite bestimmter Akteure schlägt und deren Positionen stützt und stärkt; sozial engagierte Wissenschaft wird dann zum Gegenpol einer Wissenschaft als Herrschaftsinstrument stilisiert, manchmal auch als moderierende Vermittlungsinstanz oder Schiedsrichterin bemüht. Zwischen grenzenlosen Erwartungen auf der einen und kaum haltbaren Versprechungen auf der anderen Seite wird ein realistisches Erwartungsmanagement zu einem wesentlichen Element von Wissenstransfer. Das bedeutet vor allem, sich der strukturellen Funktionsbedingungen des Wissenschaftssystems zu vergewissern und dies gegenüber Transferpartnern transparent zu machen. *Es bedeutet auch,*

die Differenz der wissenschaftlichen und politischen Systemlogiken und ihre wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnisse zu kennen und zu beachten (Weingart, Lentsch 2008).

Dennoch wird immer wieder nach Wegen gesucht, mit den unterschiedlichen Systemlogiken von Wissenschaft und Politik produktiv umzugehen und die Kooperation in einem gemeinsamen Arbeitsprozess praxis- und umsetzungsrelevant zu machen und so die Handlungskapazitäten von Politik und ihrer Akteure zu vergrößern. Schon in der Antike galt als besondere Qualität, die Unterscheidung von *Rat* und *Tat* aufzuheben. So war etwa den Griechen das Ansehen der homerischen Helden doppelt begründet: Durch klugen Rat *und* durch beherztes Handeln. Und ebenso klar war damals auch, dass beides – der Wert von Rat und der von Tat – sich am Nutzen für die Polis zu erweisen hatte (Warsewa 2006).

Unter den Bedingungen der modernen, arbeitsteiligen und vielfältig differenzierten Gesellschaft erscheint das antike Ideal der Einheit von Rat und Tat jedoch kaum einlösbar. Wissenschaftler*innen sind aus guten Gründen nur selten bereit, ihren guten Rat selbst in die Tat umzusetzen, und umgekehrt erscheint für Politiker*innen das Befolgen guten Rates oftmals so teuer, dass sie die daraus möglicherweise erwachsenden materiellen und politischen Kosten scheuen. Die strukturelle Differenz zwischen Wissensproduktion und politischer Handlung bzw. Entscheidung ist stattdessen Quelle zahlreicher wechselseitiger Missverständnisse und Fehlleistungen. Der direkte oder indirekte sozialwissenschaftliche Transfer in die Politik produziert (im Idealfall relevante) Hinweise und Anregungen, hebt aber als solcher keine eingespielten politischen Prozesse aus oder ersetzt diese. Politisches Handeln in Form von Maßnahmen in Politikfeldern (*policy*) oder im Rahmen der politischen Interaktion zwischen Parteien, Fraktionen etc. (*politics*) wird durch Transfergeschehen zwar beeinflusst, die Verantwortung verbleibt aber innerhalb der Systemlogik der politischen Sphäre. Deutlich wird dabei immer wieder die grundsätzliche Differenz zwischen Wissenschaft und Politik: Wissenschaft funktioniert als ininstitutionalisierter Zweifel, während Politik ihre gesellschaftliche Funktion, die Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen, nur erfüllen kann, wenn sie ein möglichst hohes Maß an Gewissheit(en) annimmt bzw. selbst herstellt. Insofern erscheint es nicht verwunderlich, dass im Verhältnis von Politik und Sozialwissenschaften der Operationsmodus des einfachen, linearen Transfers dominiert.

Wechselseitige Indienstnahme

Vielfältige Erfahrungen mit wissenschaftlichen Expert*innengremien, Enquêtekommissionen, Gutachtaufträgen, Beratungseinrichtungen, Sachverständigenanhörungen, politisch motivierten Forschungsaufträgen und -programmen etc. zeigen, dass weiter gehende Transferbemühungen auf diesem Gebiet außerordentlich anspruchs- und voraussetzungsreich sind. Politikberatung in einem weiten Sinne und mehr noch ko-produktives Handeln von Wissenschaft und Politik setzen zunächst voraus, dass wissenschaftliche Expertise tatsächlich einen Beitrag zur Konsensbildung über den ›Stand des Wissens‹ leistet oder zumindest eine klare Darstellung konkurrierender Wissensansprüche zustande bringt und so in gewissem Umfang die Unsicherheit über Entscheidungsgrundlagen verringert. Ein typisches Instrument, das zu diesem Zweck von der Politik häufig genutzt wird, ist die Beauftragung von Metastudien, die aus der Vielzahl der Forschungsergebnisse und Lehrmeinungen zu einem bestimmten Thema diejenigen Befunde herausfiltern sollen, die als (weitgehend) geteilte Auffassungen und Stand der Forschung gelten können. Derartige Vergewisserungen brauchen Zeit und bieten überdies keineswegs eine Garantie auf letztgültige Ergebnisse.

Tatsächlich kann wissenschaftliche Expertise im politischen System zu meist nur dann Resonanz erzeugen, wenn sie jenseits ihrer eigenen Gütekriterien den Erwartungen und strukturellen Handlungsbedingungen der politischen Akteure entspricht. *Die* Wissenschaft ist eben nicht nur dann imstande, *die* Politik von Entscheidungsunsicherheiten zu entlasten und zur Steigerung ihrer Legitimation beizutragen, wenn sie ihrerseits wissenschaftliche Gütekriterien einhält und die Grenzen der Gültigkeit ihrer Aussagen deutlich erkennbar macht. Letzteres entspricht zumindest auch nicht immer dem vorrangigen Interesse der forschenden Wissenschaftler*innen. Wechselseitige Instrumentalisierungen organisieren sich zwar in der Regel vordergründig durchaus um die Bereitstellung von Wissen, jedoch dienen politisch motivierte Gutachtaufträge, die Teilnahme an Expertenkommissionen, Beratungsveranstaltungen etc. (Wissen on Demand) eben auch der Reputationssteigerung der betreffenden Wissenschaftler*innen und ihrer Einrichtungen, der Vorbereitung bzw. Verteilung lukrativer Forschungsaufträge und der Beförderung persönlicher Karrieren. Zeitweilig gibt man sich auf beiden Seiten damit zufrieden, die eigenen politischen Vorstellungen und Absichten mit den Weihen der wissenschaftlichen Expertise aufzuwerten.

Politik als Gegenstand von Forschung(transfer)

Sozialwissenschaftliche Analyse erfüllt also in der Politik ein breites Spektrum an Funktionen, von direkter oder subtiler politischer Instrumentalisierung bis zur willkommenen inhaltlichen Unterfütterung programmatischer, legislativer oder exekutiver Prozesse. Schwierig wird das Verhältnis dann, wenn sich wissenschaftliche Expertise dafür nicht eignet und/oder die Politik selbst zum Gegenstand von Forschung wird. Als Forschungsgegenstand und als wichtige Informationsquelle tragen die institutionalisierte Politik und ihre Protagonist*innen zum Prozess der wissenschaftlichen Wissensproduktion bei, was sich jedoch in mehrfacher Hinsicht als problematisch erweisen kann: Zumindest dann, wenn die Forschungsthemen und -arbeiten in den Verdacht geraten, politisch Verwertbares oder gar Brisantes zutage zu fördern, drohen schon die Fragen und Erhebungen im Bereich von Politik und Verwaltungen in die Zwickmühle zwischen Instrumentalisierung und Verweigerung zu geraten (Osterland, Warsewa 1991). Originäre Forschung und Transfer gehen hier ineinander über; Forschungsprozesse und -ergebnisse mit und über Politik bewegen sich in der Wahrnehmung der politischen Akteure in der Regel irgendwo zwischen lästigen Zeitfressern, potentiell schädlichen Enthüllungen und willkommenem Anlass zur Selbstreflexion.

Je stärker sich sozialwissenschaftliche Forschung mit den Protagonisten des Politikbetriebs, mit »Politik als Beruf« (Weber 2016) und/oder den konkreten Funktionsmechanismen des politischen Institutionensystems befasst, desto brisanter wird in der Regel der Erkenntniswert der wissenschaftlichen Perspektive für die Akteure des politischen Systems. In einer mehr oder weniger verwissenschaftlichten Umgebung sind viele kritische Erkenntnisse der soziologischen Analyse den handelnden Akteuren bereits weitgehend bewusst. Kieserling spricht daher von einem »Resonanzgefälle« zwischen *der* Politik und anderen Forschungsgegenständen der Soziologie: »Im Spiegel soziologischer Erkenntnisse erkennt die Politik sich entweder wieder (dann sind sie nicht informativ) – oder nicht (dann werden sie als wirklichkeitsfremd empfunden)« (Kieserling 2004: 89). Aus diesen Gründen ist die »soziologische Analyse der Politik [...] sowieso nicht das, was von der Soziologie erwartet wird« (Holzer 2019: 447). Während also Politiker in der Regel »keine Aufklärung über ihr eigenes Metier brauchen« (ebd.) oder diese aus verschiedenen Gründen nicht wünschen, treffen dieselben Erkenntnisse die Relevanzkriterien von Medien und Öffentlichkeit möglicherweise gerade besonders gut.

6. Fazit

Wissenschaftstransfer bewegt sich in mehreren Spannungsfeldern – zwischen Erwartungen und Möglichkeiten, zwischen Objektivität und Instrumentalisierung, zwischen Eigeninteresse und gesellschaftlicher Funktion. Einzelne Akteure des Wissenschaftssystems interpretieren ihre Rolle innerhalb dieser Spannungsfelder unterschiedlich, und auch in Öffentlichkeit und Politik geht die Verortung von Wissenstransfer zwischen diesen Polen mit unterschiedlichen Ansprüchen und Erwartungen einher. In zahlreichen Feldern wird in jüngster Zeit ein *Zwillingstrend* (Pielke 2012) der zunehmenden Verwissenschaftlichung von Politik und der Politisierung von Wissenschaft diagnostiziert. Mit beiden Phänomenen müssen sich Sozialwissenschaftler*innen beim Wissenstransfer intensiv auseinandersetzen und sich kritisch selbst befragen, um im beiderseitigen Nutzen kollaborieren zu können. Dabei geht es nicht um Berührungsverbote, sondern um Funktionsbedingungen für einen fruchtbaren Transferprozess.

Letztendlich muss *die* Wissenschaft, um ihre gesellschaftliche Funktion erfüllen zu können, mit Anforderungen auf zwei Ebenen umgehen können: Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit ist im konkreten Einzelfall von Wissensvermittlung, Wissensaustausch oder Ko-Produktion von Wissen ein Optimierungsinstrument, das nicht überstrapaziert werden darf. Im Gegenteil: Wichtig sind hier ein realistisches Erwartungsmanagement, das Gegenchecken mit anderen gesellschaftlichen Positionen und Überzeugungen und eine möglichst offene/öffentliche Wissensproduktion und -verwendung.

Auf einer Systemebene gilt all dies ebenfalls; hinzukommen aber diejenigen Produktions- und Transferbedingungen, die sich für wissenschaftliches Wissen aus der Vermarktlichung, Politisierung, Medialisierung von wissenschaftlicher Expertise einerseits und den nie gänzlich vermeidbaren Glaubwürdigkeitsproblemen andererseits ergeben. Dies stellt aktuell die wesentliche gemeinsame Herausforderung – insbesondere gegenüber den Tendenzen zur Verbreitung von wissenschaftsfernen, populistischen, irrationalen Auffassungen – für Wissenschaft wie auch Politik dar.

Die häufige Klage von Sozialwissenschaftler*innen über das, was aus den Wissenschaftsergebnissen während oder im Anschluss an den Wissenstransfer gemacht wird, klingt wenig selbstreflexiv. Leider ist die letzte große sozialwissenschaftliche Selbstreflexion, die mit der sozialwissenschaftlichen

Verwendungsforschung durch Beck und Bonß Ende der 1980er Jahre betrieben wurde, schnell wieder eingeschlafen (vgl. Neun 2016). Sie gälte es wiederzubeleben und mit dem *Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt* bietet sich die Chance, eine Transferforschung wieder aufzunehmen, die dem Gegenstand »sozialwissenschaftlicher Wissenstransfer« angemessen ist.

Es ist das Verdienst des Bundesforschungsministeriums, in der Konzeption des *Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt* den Transfer nicht an das Ende der Forschung zu Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu stellen. Praktischen Wissenstransfer von Beginn an als Bestandteil des Forschungsprogramms zu begreifen, eröffnet einer selbstreflexiven Sozialwissenschaft erhebliche Möglichkeiten zur Selbstbeobachtung, zur Analyse der *unclear technology* des Wissenstransfers, der beteiligten Rollen, Bedingungen, Wirkungszusammenhänge. Nicht zuletzt kann eine Transferforschung in diesem Sinne zu einer problembewussten Nachwuchsausbildung beitragen, die ebenfalls einen expliziten Bestandteil des FGZ-Programms ausmacht.

Literatur

- Beck, U., Bonß, W. 1989: Verwissenschaftlichung ohne Aufklärung? In U. Beck, W. Bonß. (Hg.), *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung. Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 7–45.
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) 2017: Richtlinie zum Aufbau eines »Instituts für gesellschaftlichen Zusammenhalt«. Bundesanzeiger vom 08.11.2017, www.bmbf.de/foerderungen/bekanntmachung-1454.html, letzter Aufruf 4. Mai 2020.
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) 2019: Grundsatzpapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Wissenschaftskommunikation. Berlin.
- Bude, H. 2005: Kommentar zu Michael Burawoy: Auf der Suche nach einer öffentlichen Soziologie. *Soziale Welt*, 56. Jg., Heft 4, 375–380.
- Dahrendorf, R. 1988: Theorie und Praxis. In H. Mäding (Hg.), *Grenzen der Sozialwissenschaften*. Konstanzer Bibliothek, Bd. 11. Konstanz: UVK, 162–173.
- Deutsche Gesellschaft für Philosophie et al. 2019: Gemeinsame Stellungnahme geistes-, kultur- und sozialwissenschaftlicher Fachgesellschaften zur Ankündigung der Bundesministerin für Bildung und Forschung, die Wissenschaftskommunikation in Deutschland zu stärken, <https://soziologie.de/aktuell/stellungnahmen>, letzter Aufruf 4. Mai 2020.

- Die Senatorin für Wissenschaft 2019: Wissenschaftsplan für das Land Bremen 2025. Bremen. www.bremen.de/wissenschaft/wissenschaftsplan-2025, letzter Aufruf 4. Mai 2020.
- Holzer, B. 2019: Indifferenz oder Irritation? Politische Soziologie und politische Praxis. *SOZIOLOGIE*, 48. Jg., Heft 4, 446–449.
- Kieserling, A. 2004: Selbstbeschreibung und Fremdbeschreibung: Beiträge zur Soziologie soziologischen Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mannheim, K. 1982 [1929]: Die Bedeutung der Konkurrenz in dem Gebiete des Geistigen. In V. Meja, N. Stehr, (Hg.), *Der Streit um die Wissenssoziologie*. Erster Band. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 325–370.
- Musselin, C. 2007: *The Transformation of Academic Work: Facts and Analysis*. Research & Occasional Paper Series: Center for Studies in Higher Education 4.07, Berkley: University of California.
- Neun, O. 2016: Die Verwendungsdebatte innerhalb der deutschen Soziologie: eine vergessene Phase der fachlichen Selbstreflexion. In H. Staubmann (Hg.), *Soziologie in Österreich – Internationale Verflechtungen*. Innsbruck: University Press, 333–353.
- Olmos-Peñuela, J., Molas-Gallart, J., Castro-Martinez, E. 2014: Informal collaborations between social sciences and humanities researchers and non-academic partners. *Science and Public Policy*, vol. 41, no. 4, 493–506.
- Osterland, M., Warsewa, G. 1991: Die parlamentarische Anfrage in der empirischen Sozialforschung – Erfahrungen mit einem ungebräuchlichen Erhebungsinstrument. *Soziale Welt*, 42. Jg., Heft 3, 387–394.
- Pielke, R. Jr. 2012: *The Honest Broker. Making Sense of Science in Policy and Politics*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Schelsky, H. 1961: *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation*. Köln, Opladen: Westdeutscher Verlag, 5–45.
- Vobruba, G. 2019: *Die Gesellschaft der Leute. Kritik und Gestaltung der sozialen Verhältnisse*. 2. erweiterte Aufl. Wiesbaden: Springer.
- Warsewa, G. 2006: *Das Bremer Perspektiven-Labor – ein Modell der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik*. »Anstöße aus dem Bremer Perspektiven-Labor«, Band 8. Bremen: Der Präsident des Senats, Universität Bremen.
- Weber, M. 2016 [1919]: *Politik als Beruf*. 2. Auflage, Berlin: Zenodot Verlagsgesellschaft.
- Weingart, P., Lentsch, J. 2008: *Wissen – Beraten – Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung*. Weilerswist: Velbrück.

Ein Leben nach der Uni ist möglich

Das praktische Problem des Berufsverbleibs für
Promovierende in der Soziologie

Ulf Ortmann

1. Berufsperspektiven für Promovierende in der Soziologie als praktisches Problem

Berufsperspektiven für Promovierende in der Soziologie drängen sich nicht gerade auf. Auch dann nicht, wenn man statistische Analysen zum Berufsverbleib zu Rate zieht. Antworten, die quantitative Absolvent*innenbefragungen zum Berufsverbleib liefern, sind sowohl ernüchternd als auch vage: Auf der einen Seite ist die berufliche Perspektive innerhalb des wissenschaftlichen Dienstes an Hochschulen klar – die Professur – und bescheiden. Auf der anderen Seite: Außerhalb des wissenschaftlichen Dienstes sind die Perspektiven gut und vielfältig – auch Soziolog*innen sind zurzeit nahezu vollbeschäftigt – aber unklar; denn es gibt kaum typische Berufe für Soziolog*innen. Ich gehe im vorliegenden Papier der Frage des beruflichen Verbleibs als praktischem Problem nach: Was machen Promovierende der Soziologie, um ihre Berufsperspektiven zu klären? Und was machen Professor*innen der Soziologie, um die Berufsperspektiven der Promovierenden zu klären, die sie betreuen?

Dass die Gelegenheiten rar sind, im wissenschaftlichen Dienst der Hochschulen Karriere zu machen, ist bekannt. So weisen etwa Johann und Neufeld (2016) darauf hin, dass fächerübergreifend durchschnittlich 20 % der Promovierenden eine Professur anstreben:

»Setzt man dies ins Verhältnis zur Personal- und Prüfungsstatistik des Statistischen Bundesamtes, teilen ca. 12.000 von 60.000 in den Jahren 2012–14 Promovierten das Karriereziel »Professur« (ohne Medizin). Dem stehen jedoch gerade einmal 2.200 in den Jahren 2022–24 ausscheidende Professorinnen und Professoren gegenüber. 82 % der ambitionierten Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler bliebe damit ihr Karriereziel strukturell verwehrt.« (Johann, Neufeld 2016: 791f.)

Und selbst diejenigen, die im Verlauf ihrer wissenschaftlichen Karriere die Berufungsfähigkeit erlangen, stehen mehrheitlich vor der Aufgabe, einen Berufsweg jenseits der Professur einzuschlagen: Wenn man die Erstberufungen Habilitierter zu abgeschlossenen Habilitationen ins Verhältnis setzt und die medizinischen Fächer nicht mitrechnet, gab es im Jahr 2014 in der Bundesrepublik 165 erstberufene Habilitierte und 784 Habilitationen (vgl. Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2017: 34).

Deutlich besser als die Chance, auf eine Professur zu gelangen, sind dagegen die Berufsperspektiven für Soziolog*innen im Allgemeinen. Die Bundesagentur für Arbeit gibt für 2018 für Soziolog*innen eine Arbeitslosenquote von 3,2 % an (vgl. BfA 2019: 107). Es sind kaum quantitative Auswertungen zum Einkommen promovierter Soziolog*innen sowie zur Adäquanz ihrer Beschäftigung (im Hinblick auf die Qualifikation) bekannt. Gleichwohl gibt die Promovierendenbefragung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung einen Hinweis darauf, dass Promovierende der Soziologie die Aufgabe, den je eigenen beruflichen Verbleib nach der Promotion zu klären, durchaus mit Erfolg lösen: Ein Jahr nach Abschluss der Promotion im Prüfungsjahrgang 2013/14 hatten in Vollzeit beschäftigte Sozialwissenschaftler*innen im Durchschnitt ein Bruttomonats-einkommen von 4.054 Euro (vgl. DZHW 2017: 7).

Allerdings bieten statistische Analysen zum Berufsverbleib kaum Hinweise auf typische Berufsfelder von Soziolog*innen. Während bis in die Mitte der 1970er Jahre die Hälfte der Absolvent*innen sozialwissenschaftlicher Fächer an Hochschulen beschäftigt war (vgl. Glöckner 2007: 163), arbeiteten Mitte der 2000er Jahre nur noch 10 % der Sozialwissenschaftler*innen an Hochschulen. 13 % arbeiteten in der öffentlichen Verwaltung, 13 % in Medien, 9 % in Verbänden, Organisationen und Stiftungen; die Mehrheit von 55 % der Sozialwissenschaftler*innen verteilte sich auf andere Branchen (vgl. Briedis et al. 2008: 45).

Den Personen, die ich für den vorliegenden Beitrag interviewt habe, stellt sich die Frage des Berufsverbleibs promovierter Soziolog*innen als praktisches Problem: Promovierende aus der Soziologie treffen im Verlauf ihres Promotionsvorhabens – möglicherweise – Entscheidungen im Hinblick auf

die eigene berufliche Karriere. Professor*innen aus der Soziologie treffen im Verlauf der Promotionsprojekte, die sie betreuen – möglicherweise – Entscheidungen im Hinblick auf die berufliche Karriere ihrer Promovierenden. Oder Professor*innen sind – möglicherweise – in Konstellationen involviert, in denen sie ihre Promovierenden im Hinblick auf deren berufliche Karriere beraten.

Über den Umgang mit den Unwägbarkeiten des Berufsverbleibs als Promovierende oder als Professor*innen habe ich mit fünf Promovierenden und vier Professor*innen aus der Soziologie qualitative Interviews geführt. Zusätzlich habe ich zu diesem Thema vier Promovierende der Geschichtswissenschaft, zwei Professor*innen der Geschichtswissenschaft und insgesamt sechs Praktiker*innen aus Soziologie und Geschichtswissenschaft interviewt. Im Folgenden veranschauliche ich meine Ergebnisse nur mit jenen Interviews, die ich mit Promovierenden und Professor*innen in der Soziologie geführt habe. Die hier präsentierten Ergebnisse werden meines Erachtens durch Interviews mit Promovierenden und Professor*innen der Geschichtswissenschaft sowie mit Praktiker*innen aus Soziologie und Geschichtswissenschaft gestützt; ich gehe hier auf die letztgenannten Interviews jedoch nicht weiter ein.

Die Interviewpartner*innen habe ich so ausgewählt, dass die beruflichen Situationen, in denen sich die Befragten zum Zeitpunkt des Interviews befinden, möglichst heterogen sind: Unter den promovierenden Gesprächspartner*innen befinden sich wissenschaftliche Universitätsmitarbeiter*innen, Stipendiat*innen, Promovierende mit nebenberuflichen Tätigkeiten außerhalb der Universität sowie Promovierende, die mit hauptberuflichen Tätigkeiten außerhalb der Universität berufsbegleitend an einer Dissertation arbeiten. Die befragten Professor*innen unterscheiden sich nach der Zeit, die seit ihrer Berufung vergangen ist und die von wenigen Jahren bis zu mehreren Jahrzehnten reicht.

In den nächsten beiden Abschnitten präsentiere ich die inhaltsanalytisch gewonnenen Ergebnisse zunächst getrennt nach Promovierenden (2.) und Professor*innen (3.). Im Fazit (4.) gelange ich zu der These, dass sich die Frage nach beruflichem Verbleib für in der Soziologie Promovierende als praktisches Problem zeigt, das in erster Linie hingenommen wird: Promovierende und Professor*innen suchen Antworten auf die Frage nach dem beruflichen Verbleib typischerweise nur, wenn es um Anschlussfinanzierung geht.

2. Promovierende mit klaren Perspektiven und Promovierende mit vagen Aussichten

Promovierende finanzieren sich über verschiedene Quellen: über Stipendien, über wissenschaftliche Mitarbeiter*innenstellen an der Universität, über Vermögen, private Unterhaltszahlungen oder öffentliche Transferleistungen sowie über haupt- oder nebenberufliche Tätigkeiten außerhalb der Universität. Nur für Promovierende, die berufsbegleitend an einer Dissertation schreiben, ist der berufliche Verbleib – zumindest: vorläufig – schon im Verlauf eines Promotionsprojekts geklärt. Promovierende, die weder einer nebenberuflichen noch einer hauptberuflichen Tätigkeit außerhalb der Universität nachgehen, promovieren hingegen unter der Bedingung, dass der eigene berufliche Verbleib – sowohl in der Universität als auch außerhalb – nach der Promotion im Wesentlichen unwägbar ist.

Das zeige ich in diesem Abschnitt an zwei kontrastiven Fällen. Die Promovierende A. hat die Finanzierungsfrage ihrer Dissertation schon zu Beginn der Promotionszeit an die Frage des beruflichen Verbleibs außerhalb der Universität geknüpft und wurde im Verlauf ihrer noch nicht abgeschlossenen Promotion unbefristet beschäftigt. Der Promovierende B. hat die Finanzierungsfrage seiner fast abgeschlossenen Promotion dagegen über wissenschaftliche Mitarbeiterstellen an der Universität gelöst. Er hat es zum Ende seines Promotionsprojekts mit zwei Unwägbarkeiten zu tun: der einer akademischen Karriere und der Skizzenhaftigkeit von Berufsbildern für Soziolog*innen außerhalb der Universität.

Die Promovierende A. hat zu Beginn ihrer Promotion für einen kommunalen Migrationsrat, eine psychologische Frauenberatungsstelle und schließlich zweieinhalb Jahre für ein Sozialunternehmen in einem Forschungsprojekt zum Thema »Migration und Behinderung« gearbeitet:

»Es wurden zwei Mitarbeiterinnen gesucht; eine mit russischem und eine mit türkischem Migrationshintergrund. Die Kollegin mit russischem Migrationshintergrund kannte mich aus dem Studium und sie hat mich damals für die Projektstelle empfohlen. Nach zweieinhalb Jahren und dem Ende des Projekts wurde eine Fachstelle als Dauerstelle eingerichtet. Meine Kollegin hat dann eine Stelle in der Behindertenhilfe im Unternehmen angetreten. Und ich bin auf die Fachstelle gekommen.«

Auf dieser »Fachstelle« hat A. eine Brückenfunktion zwischen Pflegekräften, Management, Klient*innen des Unternehmens und deren Angehörigen: Zum einen vermittelt sie fallbezogen zwischen Pflegekräften und Angehörigen mit Migrationshintergrund; zum anderen ist sie auf konzeptioneller

Ebene für die interkulturelle Öffnung des Unternehmens verantwortlich. A. arbeitet auf dieser Stelle bis jetzt und schreibt an ihrer Dissertation berufs-
begleitend.

Der Promovierende B. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität und kurz davor, seine Dissertation einzureichen. Er plant, nach der Promotion ein Forschungsprojekt an der Universität zu beantragen oder sich an der Universität um Mitarbeiterstellen zu bewerben. Falls er nach der Promotion auf dem akademischen Arbeitsmarkt nicht erfolgreich ist, zieht er in Erwägung, nach Arbeit zu suchen, die seiner bisherigen wissenschaftlichen Arbeit ähnlich ist:

»Ich weiß nicht, wie viel Spaß mir Werbung oder wie viel Spaß mir Journalismus machen würde. Meine Mutmaßung ist, dass das mit Journalismus beispielsweise ganz gut passt zu dem, was mir eigentlich gefällt: ein Thema aufzuarbeiten, von dem man nicht so viel Ahnung hat; erst. Wo man recherchieren muss, wo man was rauskriegen muss, wo es Rätsel gibt. Wo man auch zusammenarbeiten muss, wahrscheinlich. Weil es einfach so komplex ist, dass man das nicht alleine in einer gewissen Zeit hinkriegt. Es geht natürlich um Schreiben. Um Kommunizieren von Erkenntnissen. So. Also, meine eigene Theorie ist, dass ich eigentlich für mehr Sachen offen bin. Oder auch andere Sachen irgendwie könnte. Aber ich suche praktisch nur nach akademischen Beschäftigungen.«

Die Promovierenden A. und B. stellen im Hinblick auf die Frage nach ihrem beruflichen Verbleib nach der Promotion Extremfälle dar. A. ist bei der Suche nach einer Finanzierung des eigenen Promotionsprojekts über die Empfehlung einer Kommilitonin und die Projektarbeit für ein Sozialunternehmen zu einer dauerhaften Anstellung während der Promotion gekommen. Demgegenüber plant B. kurz vor Abgabe seiner Dissertation vage, nach der Promotion entweder an der Universität Forschung zu betreiben, oder außerhalb der Universitäten nach Tätigkeiten zu suchen, die dem Forschen ähnlich sind. Kurz gesagt: Während A. über eine entfristete Stelle verfügt, die sie nach der Promotion entweder weiterhin innehat oder verlässt, hat B. die Präferenz – allerdings keine Angebote – zukünftig im wissenschaftlichen Dienst einer Universität zu arbeiten.

Zwischen diesen beiden Polen finden sich unter den Befragten Promovierende mit Promotionsstipendien; Promovierende mit befristeten haupt- oder nebenberuflichen Tätigkeiten außerhalb der Universität; oder auch Promovierende mit Mitarbeiter*innenstellen an der Universität, die vor der Promotion einer außeruniversitären Tätigkeit nachgegangen sind. Allen interviewten Promovierenden aber ist gemeinsam, dass ihre Aktivitäten, um die

je eigene Berufsperspektive nach der Promotion zu klären, überschaubar sind – sofern die Finanzierung des Promotionsprojekts schon oder noch gesichert ist.

3. Professor*innen, die vor dem »Plan A« warnen und über den »Plan B« kaum sprechen

Es mag das Vorurteil geben, dass Professor*innen ihren Promovierenden den eigenen beruflichen Werdegang zur Nachahmung empfehlen und außeruniversitäre Karrieren als »Plan B« geringschätzen. Die Soziologieprofessor*innen, die ich interviewt habe, bestätigen dieses Klischee nicht. Vielmehr machen sie alle glaubhaft, dass sie sowohl mit Absolvent*innen, die bei ihnen die Betreuung einer Doktorarbeit anfragen, als auch mit Promovierenden und Postdocs über Unwägbarkeiten universitärer Karrieren in aller Deutlichkeit sprechen.

Davon ausgehend unterscheiden sich die Positionen, die Professor*innen zur Frage des Berufsverbleibs ihrer Promovierenden einnehmen. Auf der einen Seite finden sich Professor*innen, die gegenüber ihren Promovierenden über die eigene Berufserfahrung bis zur Professur und über außeruniversitäre Karrierewege ihnen persönlich bekannter Soziolog*innen berichten – die aber allenfalls Karriereberatung im Hinblick auf eine mögliche wissenschaftliche Karriere von Promovierenden als eigene professorale Aufgabe ansehen. Auf der anderen Seite finden sich Professor*innen, die mögliche Karrierewege von Promovierenden als einen wesentlichen Aspekt bei der Planung eines Dissertationsprojekts einstufen.

Ich stelle in diesem Abschnitt zwei extreme Positionen und eine Zwischenposition vor. Professorin C. berät ihre Promovierenden vor Beginn eines Promotionsprojekts im Hinblick auf berufliche Perspektiven außerhalb der Universität. Professor D. nimmt eine mittlere Position ein und greift das Thema in Gesprächen mit Promovierenden auf, sofern Promovierende den beruflichen Verbleib ihm gegenüber ansprechen. Professor E. hat hingegen die Erfahrung gemacht, dass die Statusdifferenz zwischen Betreuer*innen und Doktorand*innen – nicht nur im Hinblick auf den beruflichen Verbleib – »verhindert, dass die Leute sagen, was wirklich los ist.«

Professorin C. schätzt die Auswahl von Themen und Methoden eines Dissertationsprojekts als im Hinblick auf mögliche Karrierewege relevante

Entscheidung ein – und sieht sich dafür verantwortlich, Dissertationen auch unter diesem Aspekt zu betreuen. Sie sieht für Absolvent*innen über Praktika während des Studiums einen typischen Weg ins Berufsleben, der Soziolog*innen auf verschiedene Berufsfelder führt. Ihre Einschätzung ist allerdings, dass Promovierende aus zwei Gründen einen schwierigeren Berufseinstieg haben als andere Absolvent*innen der Soziologie: Zum einen bekommt C. als Professorin Anfragen, Studierende als Hilfskräfte oder Praktikant*innen zu vermitteln; Promovierte sind aus ihrer Sicht dagegen mit dem Vorurteil konfrontiert, »dass man sie nicht mehr formen kann«. Zum anderen sind nach ihrer Erfahrung außeruniversitäre Praktiker*innen ohne Dokortitel nicht geeignet, Promovierte einzustellen. Sie berät Absolvent*innen mit Interesse an einer Promotion auch vor dem Hintergrund, dass die Aufnahme einer Promotion den Nebeneffekt hat, dass die durch Praktika während des Studiums geknüpften Kontakte (zunächst) nicht zum Berufseinstieg genutzt werden können.

In diesen Gesprächen – die stattfinden, bevor Absolvent*innen ein Promotionsprojekt beginnen und dazu mit ihr ein Betreuungsverhältnis eingehen – gibt Professorin C. zum einen zu bedenken, dass inneruniversitäre Karrieren unwahrscheinlich sind. Zum anderen rät sie sowohl dazu, Dissertationen mit Blick auf mögliche außeruniversitäre Karrieren als empirische Arbeit zu konzipieren (um Methodenkompetenzen nachzuweisen), als auch dazu, die Dissertation zu einem Thema zu schreiben, das zu einem für die/den Promovierende*n denkbaren Tätigkeitsfeld passt: »Man braucht ein funktionales Äquivalent dafür, dass Soziologen keine feste Berufsbezeichnung haben für irgendetwas.«

Die Karrierewege von Promovierenden werden typischerweise dann zum Gegenstand von Diskussionen zwischen Promovierenden und Professor*innen gemacht, wenn die Finanzierung des Promotionsprojekts entweder noch nicht oder nicht mehr gesichert ist. In der Zwischenzeit wird der berufliche Verbleib zwischen Professor*innen und Promovierenden – zumindest im Hinblick auf außeruniversitäre Karrieren – nicht verhandelt. Optimistisch betrachtet diesen Umstand Professor D., der im Gespräch mit den Promovierenden Ideen für die je eigene Karriereplanung der Promovierenden entwickelt:

»Das Geld geht zu Ende. Und die [Promovierenden] kommen dann zu mir natürlich wegen des Geldes. Das ist ein typischer Fall, dass die sagen: Ja, ich bin hier, was gibt es denn? Und ich muss dann immer sagen: Ja, leider, wir haben hier keine Stellen.

Es sieht ganz schlecht aus. [...] Alles schwierig. Und das ist der Einstiegspunkt, wo ich dann sage: Ja, was gibt es denn für Optionen?»

Pessimistisch betrachtet diesen Umstand dagegen Professor E., der im Verlauf unseres Interviews zu Karrieren und Karriereberatung von Promovierenden die Vermutung äußert, dass nicht nur Fragen der Karriereplanung im Besonderen, sondern allgemein Probleme zwischen Professor*innen und Promovierenden nicht besprochen werden, die sich für Promovierende im Verlauf eines Promotionsprojekts ergeben und die ihnen schwer wiegen:

»Ich find, das ist so 'ne richtige black box. Dadurch, dass die Doktorand*innen gegenüber den Professor*innen ja sehr zurückhaltend sind, was jetzt ihr eigenes Leiden angeht. Häufig sieht man das als Betreuer*in erst, wenn ganz, ganz viel schiefgelaufen ist.«

Während aus der Sicht von D. im Verlauf eines Promotionsvorhabens zu wenigstens einem Zeitpunkt eine Diskussion zum beruflichen Verbleib von Promovierenden angeregt und von ihm als Betreuer aufgegriffen wird, hebt E. hervor, dass nach seiner Erfahrung im Rahmen eines Promotionsprojekts relevante Probleme zwischen Promovierenden und Professor*innen nicht thematisiert werden – die Frage nach dem beruflichen Verbleib stellt nach seinem Ermessen keine Ausnahme dar. Allen befragten Professor*innen ist dagegen eine Einschätzung gemeinsam: Promovierende und Professor*innen sprechen selten miteinander über Karriereoptionen.

4. Fazit: Die Frage nach beruflichem Verbleib beantworten promovierende Soziolog*innen in Statuspassagen – mit Erfolg

Auf die Frage, wie sie nach der Promotion den Einstieg in ihr aktuelles Tätigkeitsfeld gefunden habe, antwortete mir eine promovierte Soziologin, dass sie nach Abgabe ihrer Dissertation Stellenanzeigen gefunden habe, die zu ihrem Profil passten: »Was ein ganz gutes Gefühl war, weil ich eigentlich erst mit der Abgabe angefangen hab zu suchen.« Um eine dieser Stellen habe sie sich dann erfolgreich beworben. Auf der Grundlage von qualitativen Interviews, die ich mit Promovierenden und Professor*innen aus der Soziologie geführt habe, habe ich argumentiert, dass es sich hier keineswegs um eine

Ausnahme, sondern um einen für in der Soziologie Promovierende typischen Verlauf von »Karriereplanung« handelt: Die Frage des beruflichen Verbleibs wird in zeitlich begrenzten Statuspassagen beantwortet.

Meine These ist, dass Promovierende und Professor*innen die Frage nach dem beruflichen Verbleib als promovierende bzw. promovierte Soziolog*innen in erster Linie als offene Frage hinnehmen. Das Argument, das Promovierende und Professor*innen dazu formulieren, lautet zusammengefasst: Nach Antworten auf die Frage nach dem beruflichen Verbleib suchen Promovierende und Professor*innen typischerweise nur unter der Bedingung, dass Promovierende oder Promovierte eine Finanzierung benötigen. Dass die Frage des beruflichen Verbleibs an die Finanzierungsfrage geknüpft ist, zeigt sich je nach Position der Beteiligten wiederum auf verschiedene Weise.

Promovierende lösen das Finanzierungsproblem des je eigenen Promotionsprojekts unterschiedlich. Während nebenberuflich tätige oder berufsbegleitend Promovierende ihren beruflichen Verbleib – zumindest: vorläufig – im Vollzug eines Promotionsprojekts klären, nehmen Promovierende mit anderen Finanzierungsquellen zwei Unwägbarkeiten bis zur Promotion – oder dem vorzeitigen Abbruch des Promotionsprojekts – hin: Stipendiat*innen, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen an Hochschulen sowie Promovierende, die sich über private Unterhaltszahlungen, staatliche Transferleistungen oder Vermögen finanzieren, akzeptieren die Unwägbarkeiten einer akademischen Karriere ebenso wie die Skizzenhaftigkeit von Berufsbildern für Soziolog*innen. Damit korrespondiert, dass Professor*innen für Soziologie (zumindest) mögliche außeruniversitäre Karrierewege mit ihren Promovierenden nur dann diskutieren, wenn die Finanzierung des jeweiligen Promotionsprojekts noch nicht oder nicht mehr gesichert ist.

Dass Promovierende und Professor*innen die Frage nach dem beruflichen Verbleib von Promovierenden und Promovierten in Statuspassagen klären, heißt nicht, dass der berufliche Verbleib der/des jeweiligen Soziolog*in nach dem Übergang von Promotionsprojekt und Beruf – ebenso wenig wie nach dem Studium oder nach der Habilitation – bis zur Rente geklärt ist. Aber auch, wenn es sich hier um einen immer nur vorläufigen Berufsverbleib handelt, der in Statuspassagen geklärt wird: Es sind zeitlich deutlich eingegrenzte Aktivitäten, in die Promovierende, Professor*innen und Praktiker*innen involviert sind. Dass der Übergang in kurzen Statuspassagen gelingt, könnte ein Argument sein, um – bisweilen: düstere – Diskussionen zum beruflichen Verbleib von Nachwuchswissenschaftler*innen aufzuheben.

Literatur

- Briedis, K., Fabian, G., Kerst, C., Schaeper, H. 2008: Berufsverbleib von Geisteswissenschaftlerinnen und Geisteswissenschaftlern. HIS: Forum Hochschule, Band 11.
- BfA 2019: Blickpunkt Arbeitsmarkt – Akademikerinnen und Akademiker. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit.
- DZHW 2017: Sozialwissenschaften. Ergebnisse der Promoviertenbefragung des Prüfungsjahrgangs 2013/2014. Hannover: Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, https://www.dzhw.eu/pdf/22/ergebnisse_sozialwissenschaften_promoviertenstudie.pdf, letzter Aufruf 22. April 2020.
- Flöther, C. 2017: Promovierte auf dem außeruniversitären Arbeitsmarkt: mehr als ein »Plan B«. WSI-Mitteilungen, 70. Jg., Heft 5, 356–363.
- Glöckner, U. 2007: Hintergrund: Wandel der Tätigkeitsfelder von Sozialwissenschaftlern. In W. Breger, S. Böhmer (Hg.), Was werden mit Soziologie. Berufe für Soziologinnen und Soziologen. Stuttgart: Lucius & Lucius, 163–176.
- Johann, D., Neufeld, J. 2016: Nachwuchsprobleme. Situation und Berufsziele des wissenschaftlichen Nachwuchses. Forschung und Lehre, 23. Jg., Heft 9, 790–791.
- Konegen-Grenier, C. 2019: Geisteswissenschaftler auf dem Arbeitsmarkt. Berufe, Branchen, Karrierepositionen. IW Report, Nr. 32.
- Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs (Hg.) 2017: Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2017. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland. Bielefeld: wbv.

Soziologie des Un/Verfügbaren

Vorstellung des DFG-Netzwerks

Katharina Block

Im März 2020 hat die DFG die Förderung des wissenschaftlichen Netzwerks *Soziologie des Un/Verfügbaren* bewilligt. Die Arbeit im Netzwerk wird – auch aus gegebenem Anlass (Corona-Pandemie) – erst im Frühjahr 2021 aufgenommen werden. Das Netzwerk wird entlang verschiedener Bereiche gesellschaftlicher Entwicklungen zeigen, dass diese Entwicklungen etablierte Forschungsperspektiven und Wissensformen herausfordern, ja gar in Frage stellen. Ziel des Netzwerks ist, in Auseinandersetzung mit einerseits bestehenden soziologischen Theorieangeboten und andererseits neuen Denkhorizonten aus den Kultur- und Geisteswissenschaften, eine Theoriebildung voranzutreiben, mit der die gesellschaftlichen Entwicklungen in der Soziologie adäquat erfasst werden können, ohne wichtige Veränderungen dabei unbeobachtet zu lassen. Die wesentlichen Konstitutiva dieser Entwicklungen werden dabei als konkrete Phänomene und Erfahrungen des Unverfügbaren verstanden, die das spätmoderne Selbst-Weltverhältnis fundamental herausfordern.

Themenbereich des Netzwerks und Einordnung in aktuelle Diskussionen

Im 21. Jahrhundert kulminiert die sich ausbreitende Verfügbarmachung der Welt, des Selbst und des Sozialen in komplexen gesellschaftlichen Transformationsereignissen besonderer Art. Die Konfrontation mit diesen Ereignissen wird primär in Erfahrungen des Ungewissen, der Unabschbarkeit, der

Orientierungslosigkeit und des Unkontrollierbaren artikuliert, kurz: in *Erfahrungen des Unverfügbaren*. Die Ereignisse selbst sind mit Stichworten wie Anthropozän, europäische »Flüchtlingskrise«, Big Data, KI oder auch mit humanitären Katastrophen verknüpft – die sogenannte Corona-Pandemie kann hier als aktuellstes Beispiel eingereicht werden. Die Ausgangsthese des Netzwerks ist, dass diese Ereignisse eine neue Qualität aufweisen, weil ihr komplexes Zustandekommen, ihr unüberschaubarer Zusammenhang und ihre ungewissen Folgen sie als *konkrete Phänomene des Unverfügbaren* sichtbar werden lassen, die drohen, sich auf Dauer zu stellen. Die jüngere kultur- und geisteswissenschaftliche Zeitdiagnostik sowie Gesellschaftstheorie nehmen auf breiter Ebene bereits Bezug auf diesen Sachverhalt, ohne systematisch eine Theorie des Unverfügbaren zu formulieren.

Im Bereich gesellschaftlicher Naturverhältnisse hatte Ulrich Beck zuletzt versucht, angesichts ökologischer Herausforderungen, von denen niemand weiß, wie ihnen eigentlich begegnet werden soll, die vor allem auf den Klimawandel bezogene Neuartigkeit der Situation mit dem Begriff der »Metamorphose« festzuhalten. Diese erstreckte sich mittlerweile global, entbehre allerdings den operationalisierbaren Qualitäten einer Weltrisikogesellschaft (Beck 2017). »Die Metamorphose der Welt«, so Beck, sei kein gesellschaftlicher Wandel, soziale Transformation und auch keine Krise, sondern eine weitaus radikalere Veränderung, bei der etwas völlig Neues entstehe und mit modernen Gewissheiten nicht zu fassen sei. Sie erfordere daher eine *Revolution der Wissenschaft* (ebd.: 35 f.). Im Kontext des von Bruno Latour sogenannten »Klimaregimes«, das mit der Anthropozän-Debatte verknüpft ist, konstatieren Latour, aber auch Donna Haraway oder Anna L. Tsing, prekäre Ohnmachtserfahrungen und Orientierungslosigkeiten, die in der Anthropozän genannten Situation entstünden und von keinem *business as usual* mehr zu lösen seien (Latour 2017, 2018; Haraway 2018; Tsing 2018). Haraway und Tsing plädieren – analog zu Beck – explizit dafür, *das Denken zu erneuern*, um diesen *no-analogue state* (Moore et al. 2001) überhaupt erfassen zu können. Henning Laux und Anna Henkel fragen angesichts einer in der Anthropozän-These sich verlautbarenden Zäsur, worin der Neuigkeitswert der Anthropozän-These besteht und ob dieser *eine Veränderung sozialwissenschaftlicher Forschungspraxis* bedeute (Laux, Henkel 2018: 8 f.). Beantwortet sind diese Fragen gleichwohl noch nicht.

Der Prozess der Digitalisierung, der den Bereich der Mensch-Technik-Interaktionen in unüberschaubarem Maße vorantreibt und so zu neuartigen

Netzwerkstrukturen führt, fordert die differenzierungstheoretische Ordnungsvorstellung heraus, was die Frage aufwirft, wie die »nächste Gesellschaft« wohl aussehen mag (Baecker 2007).¹ Vor diesem Hintergrund ist es von Bedeutung, dass Peter Haff die Technikentwicklung als eine Zäsur in moderne Verfügungsgewissheiten beschreibt. Diese sei längst nicht mehr auf den Menschen als seinen Urheber rückführbar, sondern mittlerweile ein Emergenz-Phänomen, das, wie die Geo- oder Biosphäre, eine eigene Technosphäre bilde. Dies mache sie zu einer viel größeren, *vom Menschen nicht kontrollierbaren Kraft* (Haff 2014; Haff, Hörl 2016). Shoshana Zuboff beschreibt diese sozio-technische Entwicklung, die den von ihr sogenannten digitalen »Überwachungskapitalismus« hervorgebracht habe, zudem als eine *Begegnung mit dem Beispiellosten* (Zuboff 2018: 27 ff.). Dieses sei unmöglich zu sehen, solange wir versuchen, es mit den uns vertrauten Kategorien zu interpretieren. Folglich erfordere es neue Kategorien. Die fortschreitende Auflösung sozialer Grenzziehungen durch Digitalisierungsprozesse führt dazu, dass sich diese Grenzziehungen zunehmend einer Einordnung mittels etablierter Kategorien – wie privat/öffentlich oder die des freien Individuums – widersetzen. Dabei wird fraglich, ob ein bloßes »Neujustieren« (Nassehi 2019: 317) ausreicht, die stattfindenden Entwicklungen zu erfassen, ohne bedeutende Veränderungen unbeachtet zu lassen (vgl. dazu auch Block, Dickel 2020).

Schließlich lässt sich auch im Bereich der politischen Mobilisierung eine spezifische Erfahrungsform beobachten, die als Folge unverarbeiteter epochaler Umbrüche gedeutet werden kann (Koppetsch 2019). Das Aufkommen und der wiederkehrende Erfolg neuer rechter Bewegungen ist nicht allein durch ideologische oder organisatorische Angebot- und Nachfragestrukturen (Muis, Immerzeel 2017) zu erklären. Erst eine Dialektik aus Unverfügbarwerden und dem Versuch der Wiederaneignung macht den aktuellen Erfolg der Proteste nachvollziehbar. *Erfahrungen des Unverfügbarwerdens* ihrer Kultur (»Fremd im eigenen Land«), ihrer politischen Repräsentation (»Wir sind das Volk«) sowie ihrer Sicherheit (»Keine Glaubenskriege auf deutschem Boden«) tragen die Vertreter*innen neuer rechter Bewegungen dabei explizit in die Öffentlichkeit, um *die existenzielle Prekarität dieser Erfahrungen* vorzuführen.

Diese vielfältigen Bezüge auf konkrete Phänomene und Erfahrungen des Unverfügbaren systematisch herauszuarbeiten, um sie in Hinsicht auf ihre transformative Kraft zu analysieren, ist die Aufgabe der *Soziologie des Un-/Verfügbaren*. Denn unklar ist, auf welche Weise sich gegenwärtige und zu-

1 Armin Nassehi geht vom Gegenteil aus (Nassehi 2019).

künftige Strategien der Bewältigung immer komplexer werdender Vergesellschaftungsprozesse auf Prozesse der Ordnungskonstitution auswirken werden, wenn sie weiterhin ausschließlich auf Kontrolle setzen, um das Unverfügbare in Verfügbares zu transformieren. Was, wenn sich das Unverfügbare nicht kontrollieren lässt? Das Netzwerk möchte deswegen ernst nehmen, dass bisherige Strategien dieses Unverfügbare vielleicht nicht mehr bewältigen können und damit letztlich die Entwicklung von Phänomenen des Unverfügbaren stärken. Bewährte Praktiken des Verfügbarmachens sollen deshalb hinterfragt werden.

Spätestens seit der industriellen Revolution ist die Transformation moderner Gesellschaften eng mit der Idee des Fortschritts verknüpft. Basis dieser Verknüpfung ist die Idee eines schier unendlichen Reichtums an natürlichen und kulturellen Ressourcen, die lediglich rational erschlossen werden müssen. Bereits Weber weist unter dem Stichwort »Entzauberung der Welt« auf die sich zunehmend durchsetzende Vorstellung hin, anhand von technischen Mitteln und durch Berechnung prinzipiell alle Dinge beherrschen zu können (Weber 1984; vgl. auch Schluchter 2009). Die Weltaneignung brach sich dabei insbesondere durch die Akkumulation szientifischen Verfügungswissens Bahn (Horkheimer, Adorno 2004). Selbst als in den 1960er Jahren nach und nach die natürlichen Grenzen moderner Verfügungsgewalt sichtbar wurden und moderne Gewissheiten ins Wanken gebracht haben, hat sich der agentielle Modus gesellschaftlichen Wandels kaum geändert (Block 2016).

Diese Strategie der auf Kontrolle basierenden Verfügbarmachung wird in postindustriellen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts zunehmend fragwürdig, wenn wesentliche Transformationsereignisse ihre Eigenschaft verlieren, kontrollierbar zu sein, und stattdessen als Ereignisse des Ein- und Umbruchs sichtbar werden. Unweigerlich entsteht die Frage: Haben wir es hierbei mit einer Zäsur zu tun? Welche langfristigen Konsequenzen diese Entwicklungen für Praktiken der Selbst- und Weltvergewisserung haben werden, ist allerdings noch kaum absehbar. Sicher scheint nur, dass sie aufgrund ihrer neuen Qualität – die Latour (2018) eine *wicked universality* nennt – auf fundamentale Weise Fragen der Ordnung betreffen werden. Diese Entwicklungen analytisch zu durchdringen, ist spätestens angesichts der gegenwärtigen Lage eine notwendige Aufgabe, auch für die Soziologie. Denn es drängt sich eine bisher ungekannte Unabsehbarkeit in den Vordergrund, die etablierte Formen des modernen Zukunftsmanagements fraglich werden lässt.

Entsprechend relevant wird es zu untersuchen, wie angemessene soziale Praxen aussehen könnten, die auf diese Entwicklungen antworten.

Um sich dieser Aufgabe produktiv zu nähern, schlagen wir eine aus verschiedenen Blickwinkeln systematische Kartierung der beschriebenen Entwicklungen vor. Die These, dass es konkrete Phänomene des Unverfügbaren sind, die maßgeblich in diesen Entwicklungen wirken, leitet das gemeinsame Vorhaben an. Daher sind solche Phänomene auf neue Weise in Fragen der Ordnungsgestaltung einzubeziehen, was ihre Brisanz ausmacht – die aktuelle Corona-Pandemie führt uns dies gerade eindrücklich vor. Bemerkenswert dabei ist, dass die genannten drei Bereiche (gesellschaftliche Naturverhältnisse, Mensch-Technik-Interaktionen, politische Mobilisierung) trotz ihrer dimensional und gegenstandsbezogenen Heterogenität durch solche Phänomene des Unverfügbaren in einem neuartigen Verhältnis zueinanderstehen. Wie entziehen sich diese Phänomene in den drei Bereichen den bewährten Modi der Verfügbarmachung, und bleiben sie ihnen entzogen? Können entsprechend auch gemeinsame ursächliche Faktoren bestimmt werden? Und zeitigen die verschiedenen Bereiche trotz ihrer Heterogenität die gleichen Folgen? Fragen, die das Netzwerk unter anderem stellen will. Denn es sind gerade die Konkreta des Unverfügbaren, die in Gesellschaft gestaltender Hinsicht virulent werden und neue Formen des praktischen Umgangs – deren Herausbildung gleichwohl noch aussteht – erforderlich zu machen scheinen. Um die gegenwärtigen Entwicklungsdynamiken und Transformationserfordernisse zu entschlüsseln, erscheint eine Triangulation der drei genannten Bereiche sinnvoll und notwendig. Auf diese Weise können etwaige gemeinsame Faktoren analytisch erfasst und diskutiert werden. Wir gehen dabei davon aus, dass Ereignisse, die im Modus des konkreten Unverfügbarseins und -werdens erfahren werden, zu anderen Formen des Umgangs herausfordern, als solche, die sich etwa im Modus des Noch-nicht-Verfügbaren manifestieren. Es ist entsprechend zu erwarten, dass sich diese Differenz auch in einer Veränderung der Formen sozialer Aneignung zeigen wird. Diese Verschiebungen werden durch das zugleich trennende und verbindende Symbol im Begriff des Un-/Verfügbaren angezeigt.

Auf der theoriekonstruktiven Ebene wird zudem eine selbstreflexive Schleife notwendig: Welche grundlagentheoretischen Denkformen brauchen wir, um diese möglichen ordnungskonstitutiven Konsequenzen sowie die Versuche ihrer Handhabung in der *Soziologie des Un/Verfügbaren* in den Blick zu bekommen? Um diese Frage beantworten zu können, ist es Aufgabe

des Netzwerks eine *innovierende Inventur* bestehender Sozialtheorien vorzunehmen. Hier gilt es zum Beispiel, diejenigen Ansätze einer Revision zu unterziehen, die das Problem des Nicht-Wissens (Willke 2002; Wehling 2006), das Risiko nicht-intendierter Nebenfolgen (Merton 1936; Beck 1986; Hijikata, Nassehi 1997), der Emergenz (Greve, Schnabel 2011) oder das evolutionstheoretisch fundierte Konzept des Unerwarteten (Weick 2005) bearbeiten. Auch Ansätze, die zum Beispiel der soziologischen Leitunterscheidung von Struktur und Handlung folgen und dabei das Problem der reziproken Übersetzungen bearbeiten und lösen (unter anderem Parsons 1986; Giddens 1988; Garfinkel 1973; Oevermann 2016) gilt es hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit auf den Gegenstandsbereich der *Soziologie des Un/Verfügbaren* neu abzuwägen. Ziel ist, durch eine produktive Auseinandersetzung mit etablierten Sozialtheorien neue Perspektiven auf das Unverfügbare fruchtbar zu machen. Die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen in den genannten Bereichen sprechen dafür, die soziologische Imagination zu erneuern und insofern auch über die etablierten Denk- und Wissensformen hinauszugehen.

Expertisen im Netzwerk:

Gegenstandsbezüge und Perspektiven auf das Unverfügbare

Figuren des Unverfügbaren nehmen im Gegenstandsbereich und argumentativen Aufbau der verschiedenen Netzwerkmitglieder bereits einen zentralen Stellenwert ein, aber ohne dass sie bisher als Unverfügbares systematisch aufgeschlüsselt und für empirische Beobachtungen operationalisiert wurden. Die vielfältigen gesellschaftlichen Konfrontationslinien, durch die *Erfahrungen des Unverfügbaren* heute sichtbar werden, fordern die Soziologie insgesamt und damit auch das Netzwerk in ungekannter Weise heraus. Aktuelle Transformationsdynamiken, die sich durch solche Erfahrungen auszeichnen, erfordern daher auch eine Transformation soziologischer Theorie, indem sie systematisch von einem Denken mit erwarteten Verfügbarkeiten auf ein Denken mit möglicherweise andauernden Unverfügbarkeiten umstellt. Aus den aktuellen Forschungen der Netzwerkmitglieder kristallisieren sich die gewählten drei gesellschaftlichen Bereiche heraus, in denen uns das Reflektieren auf und der praktische Umgang mit Unverfügbarem für zukünftige

Ordnungsfragen besonders wichtig erscheint und eine Erneuerung des Denkens potenziell erfordern: Gesellschaftliche Naturverhältnisse, Mensch-Technik-Interaktionen sowie politische Mobilisierung.

Im Bereich *gesellschaftlicher Naturverhältnisse* wird der Modus der Verfügbarmachung als zentrale Grundlage moderner Industriegesellschaften doppelt in Frage gestellt: einerseits durch die Erschöpfung fossiler Brennstoffreserven, andererseits durch den anthropogenen Klimawandel. Andreas Folkers untersucht empirisch, wie diese komplexe Problemstellung des Unverfügbaren, die sowohl in der Form von Knappheit wie Exzess auftaucht (Folkers 2018), epistemisch verfügbar gemacht und praktisch durch eine Dekarbonisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu bewältigen ist (Folkers 2017). Dafür stellt Folkers die sozialtheoretische Frage, ob »energetische Kulturtheorien« (Levi-Strauss 1968; Bataille 1985; Canguilhem 1998) hilfreich sind, um energetische Phänomene als Konkreta des Unverfügbaren zu denken. Die gegenwärtig geführten Debatten zur Wachstumsgenerierung qua Verfügbarmachung von Natur und Gesellschaft untersucht Ulf Bohmann. Vor dem Hintergrund der intensiv debattierten Begrenzungen wie auch Folgeprobleme der unablässigen Erschließung natürlicher und sozialer Ressourcen (Jackson 2009; D'Alisa, Demaria, Kallis 2015; AK Postwachstum 2016) beschäftigt er sich mit der Frage nach den Voraussetzungen für eine demokratische Transformation hin zu einer Postwachstumsgesellschaft. Dabei blickt er unter anderem auf radikaldemokratische Ansätze, deren politisch mobilisierender Anspruch entweder die maximale demokratische Verfügbarmachung oder aber genau deren radikale Unterbrechung ist (Bohmann, Muraca 2016). Gerade soziale Bewegungen, die tragende Elemente von Transformationsansprüchen sind (Lindemann 2018), könnten sich hier als fruchtbarer Forschungsgegenstand der *Soziologie des Un/Verfügbaren* erweisen. Björn Wendt erforscht an dieser Schnittstelle Nachhaltigkeit als Utopie. Utopie als idealtypische Form der Zäsur hat durch die Simulation der Möglichkeit eine (Un- bzw. Um)Ordnung stiftende Funktion. Indem das utopische Spiel das scheinbar Alternativlose in Frage stellt, werden neue Möglichkeitsräume eröffnet und transformative Prozesse angeleitet (Wendt 2018). Anna Henkel stellt hinsichtlich der bislang kaum sichtbaren Umsetzung einer nachhaltigen Gesellschaft die Frage, ob Nachhaltigkeit nicht explizit als Unverfügbares konzipiert werden sollte (Henkel 2018; vgl. auch Block 2020a). Das Unverfügbare provoziert nämlich eine in der Moderne immer intensivere Produktion gegenwärtiger Zukünfte – etwa in Form von Szenarien und Entwürfen, Plänen und Prognosen (Adam, Groves 2007;

Luhmann 1976; Schütz 1972). Deren Konstruktion kann das Nichtwissen zwar zähmen und invisibilisieren, aber nie vollständig auflösen. Das Scheitern von Plänen und Prognosen lässt die Unbekanntheit der Zukunft stets aufs Neue zutage treten und motiviert gerade dadurch zur Suche nach neuen Umgangsformen.

Der sozialen Bearbeitung der unbekannteren Zukunft durch technisch-materielle Konstruktionen widmet sich Sascha Dickel im Bereich *Mensch-Technik-Interaktionen*. In seiner Soziologie des Prototypisierens untersucht er Bestrebungen, Zukunft als Problem des Unverfügbaren durch materielle Demonstrationen technischen Funktionierens zu vergegenwärtigen und zu bändigen (Dickel 2017; 2019). Andreas Bischof hat in seinen Forschungen zur Sozialrobotik herausgearbeitet, dass Unverfügbarkeit das zentrale Problem für die Technisierung sozialer Situationen ist (Bischof 2017). Statt von der Annahme auszugehen, dass jede Technik eine reine soziale Konstruktion ist, zeigt Bischof, dass die Frage, wie Entwickler*innen mit Unverfügbarkeit in sozio-technischen Konstellationen umgehen, sich als *wicked problem* (Rittel, Webber 1973) fassen lässt. Die *Soziologie des Un/Verfügbaren* könnte an dieses Konzept anschließen, um gesellschaftstheoretisch zu explizieren, wie die Bedingungen der Technisierung des Sozialen gefasst sind. Im Feld des biotechnischen Verfügbarmachens von Welt erforscht Philipp Zeltner (2020) aus Perspektive kritischer Wissenschaftsforschung am empirischen Gegenstand des *Genome Editing* mit CRISPR-Cas9 eben solche Bedingungen sowie die Auswirkungen molekularbiologischer Wissensproduktion, worin die Aneignung auch der letzten Residuen des Unverfügbaren die zentrale Rolle spielt. Das *Genome Editing* bietet sich als empirischer Gegenstand der *Soziologie des Un/Verfügbaren* auch deswegen an, weil hier das Konzept der Neogefahren (Gransche 2016) unmittelbar relevant wird. Da keine Risikoeinschätzungen der Folgen solcher »Biofakte« (Karafyllis 2006) möglich sind, entziehen sie sich auch bewährten Bearbeitungslogiken. Biofakte erweisen sich damit als konkrete Phänomene des Unverfügbaren.

Catharina Peeck-Ho befasst sich im Bereich *politischer Mobilisierung* mit Prozessen der »Versicherheitlichung«. Anstatt Sicherheit zu schaffen, verschiebt Versicherheitlichung diskursive Formationen: Sicherheitstechnologien dienen zwar der Herstellung einer Illusion von Sicherheit, produzieren jedoch gleichzeitig Unsicherheiten, die nicht als solche thematisiert werden können. Sicherheit selbst bleibt unverfügbar und dient lediglich der politischen Mobilisierung (Peeck-Ho 2017). Michael Ernst-Heidenreich eröffnet mit seinem Konzept »situativer Nichtalltäglichkeit« (Ernst-Heidenreich 2019) zudem eine neue

Perspektive auf soziale Bewegungen. Das Konzept verspricht neue Möglichkeiten der theoretischen Einordnung aktuell brisanter Bewegungen und folglich ein neues soziologisches Verständnis der Wirkweisen sowie Verlaufsformen derartiger Arrangements des Un/Verfügbaren. Hier scheinen auch Anschlüsse an ein soziologisches Konzept des Scheiterns, das unter anderem Antonia Langhof als ein Desiderat der Moderne identifiziert (Langhof, John 2014), vielversprechend zu sein, um Formen des Umgangs mit aktuellen Phänomenen des Unverfügbaren zu konzeptualisieren.

Um die anvisierte Theoriebildung begrifflich und konzeptuell präzise durchführen zu können, ist es hilfreich, auch aus einer philosophischen Perspektive jene Momente zu integrieren, in denen soziale Ordnungen brechen oder in Zustände des Unbestimmbaren übergehen. Letztere nimmt Annika Schlitte in ihrer philosophischen Auseinandersetzung mit Naturerfahrungen in den Blick, in der sie das Erhabene als Erfahrung des Anderen, über das nicht verfügt werden kann, zu konzipieren sucht (Schlitte 2014). Eine Auseinandersetzung mit Schlitte und weiterer philosophischer Figuren des Unverfügbaren wie die der Plessnerschen Unergründlichkeit (Plessner 2003), die Volker Schürmann als notwendige Bedingung des Politischen ausweist (Schürmann 2011), verspricht insbesondere hinsichtlich einer sozialtheoretischen Fundierung der *Soziologie des Un/Verfügbaren* fruchtbare Synergieeffekte. Zur Frage der sozialtheoretischen Fundierung hat Katharina Block für die Bereiche gesellschaftliche Naturverhältnisse und Mensch-Technik-Interaktionen den Vorschlag gemacht, auf eine relationale Perspektive umzustellen, um ausgehend von der Prämisse einer akteurkonstituierenden Relationalität aktuell sichtbar werdende Abhängigkeiten und Unverfügbarkeiten in den Blick zu bekommen (Block 2020a; 2020b; 2020c; Block, Dickel 2020). Ausgehend von seiner fundierten Expertise des Latourschen Werkes kann zudem Henning Laux' zentrale Überlegung zur angestrebten *innovierenden Inventur* beitragen, fruchtbare Anknüpfungspunkte zum begrifflichen Umgang mit Phänomenen des Unverfügbaren zeigen sowie gegenstandsbezogene Befunde zu den Untersuchungsfeldern Ökologie, Technik und Politik beisteuern (Laux 2016; Laux, Gertenbach 2018). Auch Hartmut Rosa kann mit seiner Resonanztheorie (2016) sowie im Anschluss an sein jüngstes Werk »Unverfügbarkeit« (2018) wichtige Impulse sowohl für zeitdiagnostische als auch grundagentheoretische Diskussionen geben. Dabei gilt es insbesondere seine eher positiv-ontologische Kategorie der Unverfügbarkeit auf ihre analytische Tragweite für die *Soziologie des Un/Verfügbaren* hin zu prüfen. Das Netzwerk kann schließlich von Gesa Lindemann bezüglich

eines gemeinsamen Verständnisses von Theoriebildung profitieren, indem die *Soziologie des Un/Verfügbaren* bei der anvisierten Theoriebildung dem Vorschlag Lindemanns folgt, systematisch zwischen Sozialtheorie, Theorien begrenzter Reichweite sowie Gesellschaftstheorien zu unterscheiden (Lindemann 2009), um eine möglichst hohe analytische Konsistenz sicherzustellen.

Zielsetzung des Netzwerkes

Als inhaltliches Ergebnis des Netzwerkes soll eine soziologische Theoriearchitektur erarbeitet werden, mit der die beschriebenen Phänomene und Erfahrungen des Unverfügbaren in der Soziologie analytisch erfasst und auf ihr tatsächliches gesellschaftstransformatives Potenzial hin befragt werden können. Entlang der Reflexion gegenstandsbezogener Aspekte werden sozialtheoretische sowie gesellschaftstheoretische Überlegungen in der *Soziologie des Un/Verfügbaren* zusammengeführt. Dafür gilt es, den Gewinn verschiedener theoretischer Perspektiven mit gegenstandsbezogenem Blick auf konkrete Herausforderungen des gesellschaftlichen Umgangs mit Unverfügbarem klarzustellen. Um diesen Anspruch zu gewährleisten, werden die Bereiche gesellschaftliche Naturverhältnisse, Mensch-Technik-Interaktionen sowie politische Mobilisierung in den Fokus des Netzwerkes gestellt und erprobt. Zu jedem Thema wird ein ausgewählter Gast² eingeladen, um im Austausch mit etablierten Vertreter*innen in den ausgesuchten Feldern die je spezifische Relevanz des konkreten Unverfügbaren für die Erforschung der jeweiligen Thematik freizulegen. Die gewählten Themen zeichnen sich dabei jeweils systematisch dadurch aus, dass *Erfahrungen des Unverfügbaren* darin aktuell Konjunktur haben und dienen entsprechend idealtypisch dazu, sich dem *Phänomen des Unverfügbaren* vergleichend zu nähern und für die *Soziologie des Un/Verfügbaren* operationalisierbar zu machen, ohne es dabei ontologisch zu substantialisieren. Vor diesem Hintergrund ist das disziplinäre Ziel die Einführung der *Soziologie des Un/Verfügbaren* in den Diskurs um gesellschaftliche Transformationen angesichts aktueller Umbrüche und um die damit verbundene Frage, welche Soziologie wir in dieser neuen Situation brauchen.

2 Vorgesehen sind: Tanja Mölders, Trevor Pinch und Banu Bargu.

Literatur

- Adam, B., Groves, C. 2007: *Future Matters. Action, Knowledge, Ethics*. Leiden, Boston: Brill.
- AK Postwachstum (Hg.) 2016: *Wachstum – Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Baecker, D. 2007: *Studien zur nächsten Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bataille, G. 1985: *Die Aufhebung der Ökonomie*. München: Matthes & Seitz.
- Beck, U. 1986: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, U. 2017: *Die Metamorphose der Welt*. Berlin: Suhrkamp.
- Bischof, A. 2017: *Soziale Maschinen bauen. Epistemische Praktiken der Sozialrobotik*. Bielefeld: transcript.
- Block, K. 2016: *Von der Umwelt zur Welt. Der Weltbegriff in der Umweltsoziologie*. Bielefeld: transcript.
- Block, K. 2020a: *Relationale Phänomenologie. Die Unverfügbarkeit der Nachhaltigkeit*. In T. Barth, A. Henkel (Hg.), *10 Minuten Soziologie: Nachhaltigkeit*. Bielefeld: transcript, 167–180.
- Block, K. 2020b: *Humandezentrierung im Anthropozän*. In H. Bahjor (Hg.), *Der Anthropos im Anthropozän. Die Wiederkehr des Menschen im Moment seiner vermeintlich endgültigen Verabschiedung*. Berlin: De Gruyter, 77–95.
- Block, K. 2020c: *Sorge im Anthropozän*. In F. Adloff, S. Neckel (Hg.), *Gesellschaftstheorie im Anthropozän, Band 1 der Reihe »Zukünfte der Nachhaltigkeit«*. Frankfurt am Main: Campus (im Erscheinen).
- Block, K., Dickel, S. 2020: *Jenseits der Autonomie. Die De-/Problematisierung des Subjekts in Zeiten der Digitalisierung*. *Behemoth. A Journal on Civilisation*. 13. Jg., Heft 1 (im Erscheinen).
- Bohmann, U., Muraca, B. 2016: *Demokratische Transformation als Transformation der Demokratie: Postwachstum und radikale Demokratie*. In AK Postwachstum (Hg.), *Wachstum – Krise und Kritik*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 289–311.
- Canguilhem, G. 1998: *The decline of the idea of progress*. *Economy and Society*, vol. 27, no. 2–3, 313–329.
- D’Alisa, G., Demaria, F., Kallis, G. (Hg.) 2015: *Degrowth. A Vocabulary for a New Era*. Oxford: Routledge.
- Dickel, S. 2017: *Irritierende Objekte. Wie Zukunft prototypisch erschlossen wird*. *Behemoth. A Journal on Civilisation*, vol. 10, no. 1, 171–190.
- Dickel, S. 2019: *Prototyping Society – Zur vorauseilenden Technologisierung der Zukunft*. Bielefeld: transcript.
- Ernst-Heidenreich, M. 2019: *Irritation des Selbstverständlichen. Eine theoretisch-empirische Annäherung an eine Soziologie situativer Nichtalltäglichkeit*. Wiesbaden: Springer VS.

- Folkers, A. 2017: Die Onto-Topologie der Energiewende – Volatile Ströme, endliche Energien und die Sicherung des Bestandes. *Behemoth. A Journal on Civilization*, 10. Jg., Heft 1, 29–56.
- Folkers, A. 2018: Stoffwechselstörungen. Materialismus, Metabolismus, Müll. In L. Hansen, K. Roose, D. Senzel (Hg.), *Die Grenzen der Dinge. Ästhetische Entwürfe und theoretische Reflexionen materieller Randständigkeit*. Wiesbaden: Springer VS, 239–264.
- Garfinkel, H. 1973: Studien über die Routinehandlungen von Alltagshandeln. In H. Steinert (Hg.), *Symbolische Interaktion. Arbeiten zu einer reflexiven Soziologie*. Stuttgart: Klett, 280–293.
- Giddens, A. 1988: *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Gransche, B. 2016: Von Quallen-Katzen und Spinnen-Ziegen. Narrative Vernunft und Neogefahren lebendiger Technik. In M.-H. Adam, S. Gellai, J. Knifka (Hg.), *Technisierte Lebenswelt: Über den Prozess der Figuration von Mensch und Technik*. Bielefeld: transcript, 243–258.
- Greve, J., Schnabel, A. (Hg.) 2011: *Emergenz. Zur Analyse und Erklärung komplexer Strukturen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Haff, P. 2014: Humans and technology in the Anthropocene: Six rules. *The Anthropocene Review*, vol. 1, no. 2, 126–136.
- Haff, P., Hörl, E. 2016: Technosphere and Technoecology. <https://technospheremagazine.hkw.de/p/Technosphere-and-Technoecology-qzjFDWgzxX2RDEDg9SN32j>, letzter Aufruf 7. Mai 2020.
- Haraway, D. 2018: *Unruhig bleiben. Die Verwandtschaft der Arten im Chthuluzän*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Henkel, A. 2018: Herausforderungen des Anthropozäns als Herausforderungen an die Soziologie. Gesellschaftstheoretische Perspektiven zwischen Beobachtung und Kritik. In H. Laux, A. Henkel (Hg.), *Die Erde, der Mensch und das Soziale: Zur Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Anthropozän*. Bielefeld: transcript, 273–299.
- Hijikata, T., Nassehi, A. (Hg.) 1997: *Risikante Strategien. Beiträge zur Soziologie des Risikos*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Horkheimer, M., Adorno, T.W. 2004 [1944]: *Dialektik der Aufklärung*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Jackson, T. 2009: *Prosperity without Growth – economics for a finite planet*. New York: earth-scan.
- Karafyllis, N.C. 2006: Biofakte – Grundlagen, Probleme, Perspektiven. *Erwägen Wissen Ethik*, 17. Jg., Heft 4, 547–558.
- Koppetsch, C. 2019: *Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter*. Bielefeld: transcript.
- Langhof, A., John, R. (Hg.) 2014: *Scheitern – Ein Desiderat der Moderne*. Wiesbaden: Springer VS.

- Latour, B. 2017: *Kampf um Gaia. Acht Vorträge über das neue Klimaregime*. Berlin: Suhrkamp.
- Latour, B. 2018: *Das terrestrische Manifest*. Berlin: Suhrkamp.
- Laux, H. (Hg.) 2016: *Bruno Latours Soziologie der Existenzweisen. Einführung und Diskussion*. Bielefeld: transcript.
- Laux, H., Gertenbach, L. 2018: *Zur Aktualität von Bruno Latour: Einleitung in sein Werk*. Wiesbaden: Springer VS.
- Laux, H., Henkel, A. 2018: *Einleitung*. In H. Laux, A. Henkel (Hg.), *Die Erde, der Mensch und das Soziale. Zur Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Anthropozän*. Bielefeld: transcript, 7–13.
- Levi-Strauss, C. 1968: *Das wilde Denken*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lindemann, G. 2009: *Das Soziale von seinen Grenzen her Denken*. Weilerswist: Velbrück.
- Lindemann, G. 2018: *Strukturnotwendige Kritik. Theorie der modernen Gesellschaft, Band I*. Weilerswist: Velbrück.
- Luhmann, N. 1976: *The Future Cannot Begin. Temporal Structures in Modern Society*. *Social Research*, vol. 43, no. 1, 130–152.
- Merton, R.K. 1936: *The Unanticipated Consequences of Purposive Social Action*. *American Sociological Review*, vol. 1, no. 6, 894–904.
- Moore, B., Underdal, A., Lemke, P., Loreau, M. 2001: *The Amsterdam Declaration on Global Change*. https://monoskop.org/images/7/7b/Amsterdam_Declaration_on_Global_Change_2001.pdf, letzter Aufruf 7. Mai 2020.
- Muis, J., Immerzeel, T. 2017: *Causes and consequences of the rise of populist radical right parties and movements in Europe*. *Current Sociology*, vol. 65, no. 6, 909–930.
- Nassehi, A. 2019: *Muster. Theorie der digitalen Gesellschaft*. München: C.H. Beck.
- Oevermann, U. 2016: *»Krise und Routine« als analytisches Paradigma in den Sozialwissenschaften*. In R. Becker-Lenz, A. Franzmann, A. Jansen, M. Jung (Hg.), *Die Methodenschule der Objektiven Hermeneutik*. Wiesbaden: Springer VS.
- Parsons, T. 1986: *Gesellschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Peeck-Ho, C. 2017: *Sicherheit, Geschlecht und Minderheitenpolitik. Kritische Perspektiven auf die britische Antiterrorstrategie*. Bielefeld: transcript.
- Plessner, H. 2003 [1931]: *Macht und menschliche Natur*. In H. Plessner, *Gesammelte Schriften, Band 5*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 135–234.
- Rittel, H., Webber, M.M. 1973: *Dilemmas in a general theory of planning*. *Policy sciences*, vol. 4, no. 2, 155–169.
- Rosa, H. 2016: *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp.
- Rosa, H. 2018: *Unverfügbarkeit*. Wien, Salzburg: Residenzverlag.
- Schlitte, A. 2014: *Das Erhabene als Ortserfahrung*. In A. Schlitte, T. Hünefeldt, D. Romic, J. van Loon (Hg.), *Philosophie des Ortes. Reflexionen zum Spatial Turn in den Sozial- und Kulturwissenschaften*. Bielefeld: transcript.
- Schluchter, W. 2009: *Die Entzauberung der Welt. Sechs Studien zu Max Weber*. Tübingen: Mohr Siebeck.

- Schürmann, V. 2011: Die Unergründlichkeit des Lebens. Lebens-Politik zwischen Biomacht und Kulturkritik. Bielefeld: transcript.
- Schütz, A. 1972: Tiresias oder unser Wissen von zukünftigen Ereignissen. In A. Schütz, *Gesammelte Aufsätze II. Studien zur soziologischen Theorie*. Den Haag: Martinus Nijhoff, 259–278.
- Tsing, A.L. 2018: *Der Pilz am anderen Ende der Welt. Über das Leben in den Ruinen des Kapitalismus*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Weber, M. 1984 [1919]: *Wissenschaft als Beruf*. 7. Aufl., Berlin: Duncker & Humblot.
- Wehling, P. 2006: *Im Schatten des Wissens? Perspektiven der Soziologie des Nichtwissens*. Konstanz: UVK.
- Weick, K.E. 2005: *Managing the Unexpected: Complexity as Distributed Sensemaking*. In R.R. McDaniel, D. Driebe (Hg.), *Uncertainty and Surprise in Complex Systems. Questions on Working with the Unexpected*. Berlin, Heidelberg, New York: Springer, 51–65.
- Wendt, B. 2018: *Nachhaltigkeit als Utopie. Zur Zukunft der sozial-ökologischen Bewegungen*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Willke, H. 2002: *Dystopia – Studien zur Krisis des Wissens in der modernen Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Zeltner, P. 2020: *Experimentalsysteme im Dispositiv der Biomacht. Vom Öffnen der Black Box des Genome Editing mit CRISPR-Cas9*. In E. Geitz, C. Vater, S. Zimmer-Merkle (Hg.), *Black Boxes – Versiegelungskontexte und Öffnungsversuche Interdisziplinäre Perspektiven Reihe: Materiale Textkulturen, 31*, Berlin: De Gruyter.
- Zuboff, S. 2018: *Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus*. Frankfurt am Main, New York: Campus.